

Bezugspreis:
Mietzähler, 6. - M. monatl. 2. - M.
bei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20. - M., einjähr. 200.
Bezugsgebühr. Unter Abdruck für
Deutschland, Dänzig, das Ost- und
Westpreußen, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Luxemburg 24. - M., für
das übrige Ausland 28. - M. Bei-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der "Vorwärts" mit der Sozialdemo-
kratischen "Welt und Zeit", der Unter-
haltungsblätter "Humorist" und der
Zeitung "Bildung und Fortschritt"
erscheint monatlich zweimal, Sonntags
und Feiertags einmal.

Telegraphische Adressen:
"Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die in der ersten Spalte
des "Vorwärts" unter
"Kleine Anzeigen"
besetzte Spalte kostet
für zwei Wochen 1.50 M.,
für vier Wochen 2.50 M.,
für sechs Wochen 3.50 M.,
für acht Wochen 4.50 M.,
für zehn Wochen 5.50 M.,
für zwölf Wochen 6.50 M.,
für vierzehn Wochen 7.50 M.,
für sechzehn Wochen 8.50 M.,
für achtzehn Wochen 9.50 M.,
für zwei Monate 10.50 M.,
für drei Monate 12.50 M.,
für vier Monate 14.50 M.,
für fünf Monate 16.50 M.,
für sechs Monate 18.50 M.,
für sieben Monate 20.50 M.,
für acht Monate 22.50 M.,
für neun Monate 24.50 M.,
für zehn Monate 26.50 M.,
für elf Monate 28.50 M.,
für ein Jahr 30.00 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr nachmittags im
Vorwärts-Verlag, Berlin SW 68, Unter-
den Eichen 2, abgegeben werden. Schluß
am 5 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 28. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Berlin, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Das Frankfurter Programm. Schlußtagung der Fünfländerkonferenz.

Frankfurt a. M. 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Fünfländer-Konferenz hat am Montag in einer Dauerkonferenz, die sich bis in die zehnte Abendstunde hinzog, ihre Arbeit beendet. Es haben im Laufe des Tages Vertreter aller beteiligten Nationen eingehend zu dem Problem gesprochen. Auch der verspätet eingeflossene italienische Delegierte, Serrati, griff wirkungsvoll in die Debatte ein. Die von den beiden Kommissionen geleiteten Vordarstellungen ermöglichten einstimmige Beschlüsse der Konferenz. Wo sich vorübergehend Mißverständnisse in der Interpretation der Entschlüsse zeigten, wurden sie ohne Schwierigkeiten kameradschaftlich aufgeklärt und beseitigt.
Einen Höhepunkt der Verhandlungen bildeten die brüderlichen Erklärungen der Franzosen an die Deutschen. Sie bekundeten, daß die französischen Sozialisten an den Umschwung glauben, der durch die deutsche Revolution herbeigeführt worden ist, daß sie überzeugt sind von dem Wesen eines neuen Deutschlands. Die britischen Redner ärgerten sich in der gleichen Weise. Paul Faure, der ausgezeichnete französische Vorkämpfer der Konferenz, hatte sehr recht, wenn er in einem hinreichenden Schlußwort sagte, daß die geschichtliche Bedeutung dieser Zusammenkunft größer sein werde, als sich jetzt überblicken läßt.
Die Aufgabe der einstimmigen Beschlüsse und die passenden Schlußansprüche von Rednern verschiedener Nationalitäten riefen in allen Teilnehmern eine große Begeisterung für die werdende große Internationale und für die Sache des Sozialismus hervor. Am Schluß sang, wohl zum ersten Male seit dem internationalen Kongreß zu Basel im Jahre 1912, wieder das alte Kampflied der Internationale in fünf verschiedenen Sprachen durch den Raum.

Zur Wiederaufbau Europas.

Frankfurt a. M. 27. Februar. (Eig. Draht.) In der Plenarsitzung der Fünfländerkonferenz am Montagnachmittag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Am Vorabend der Konferenz in Genua konstatierten die Delegierten der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den offensichtlichen Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt, die bisher den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert hat. Sie sind überzeugt, daß nur der Sozialismus durch die friedliche Verständigung der Völker und die allgemeine Souveränität der Arbeit die Schwierigkeiten, die aus den Rivalitäten und der Anarchie des Kapitalismus entspringen, aus der Welt zu schaffen imstande ist. Sie sind aber auch überzeugt, daß selbst eine nur teilweise und provisorische Lösung nur auf der Grundlage der internationalen Souveränität gefunden werden kann. Die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands steht in unauflöslichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaft, insbesondere mit dem Wiederaufbau Russlands. Die Erörterung in Genua ist daher unerlässlich.“
Von diesen Gesichtspunkten ausgehend haben die Delegierten einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:
Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete muß von Deutschland in vollem Umfang seiner Leistungsfähigkeit übernommen werden.
Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands haben auf der Konferenz von Amsterdam am 1. April 1921 erneut die Wiederherstellung verkündet und sich verpflichtet, mit allen ihren Mitteln und allen ihren Kräften daran mitzuwirken. Die Tatsachen haben schon die Unhaltbarkeit des im Friedensvertrag von Versailles zur Durchführung des Wiederaufbaues vorgesehenen Systems erwiesen:
Die Ausfuhr Deutschlands hat sich nicht so gesteigert, daß sie ihm erlaubt hätte, sich die nötigen Zahlungsmittel in Gold zu beschaffen. Die deutsche Währung ist zusammengebrochen, und zwar in einem solchen Maße, daß Deutschland der Auffaß von Devisen äußerst schwierig wird. Der Weltverbrauch ist so zurückgegangen, daß die Ausfuhr Deutschlands nicht groß genug war, um ihm die Leistung der ihm aufgebürdeten Zahlungen zu ermöglichen, daß sie aber andererseits genügt hat, die Arbeitslosigkeit in den übrigen Industrieländern zu verstärken. Ein Teil der Verantwortung ist allerdings auf die Schwäche der deutschen Regierung gegenüber der Bourgeoisie zurückzuführen. Das Problem stellt sich also folgendermaßen dar:
Stärkte in Deutschland von den nächsten Zahlungen Frankreichs und Belgiens gegenüber zu erhalten, andererseits gilt es, die Weltwirtschaft durchzuführen, ohne dem Weltverbrauch zu schaden. Die zur Bereinigung des deutschen Proletariats führenden, Deutschlands Währung erheben und die Ausfuhrerlöse noch steigern, die zum großen Teil auf Kosten der Arbeiterlöhne erhoben werden.
Die Lösung dieses Problems ist nur möglich durch Maßnahmen von internationalen Charakter, die in ihren Einzelheiten bereits von den Sozialistenkonferenzen von Amsterdam vorgesehen

sind. Sie verfolgen den doppelten Zweck, die zerstörten Gebiete zunächst wiederherzustellen, ohne Frankreich und Belgien unter der Last der unermesslichen Barauslagen zu erdrücken und die finanzielle Befundung Deutschlands zu erleichtern, damit ihm der notwendige Zahlungsaufschub und die Erleichterungen gewährt werden.
Diese Maßnahmen würden namentlich sein:
1. Annahme eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit;
2. Die Schaffung eines internationalen Wiederaufbaufinanzinstitutes durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaues dienlich zu machen;
3. Befreiung von internationaler Übernahme derjenigen Schulden, die Deutschland in bezug auf die Kriegspensionen aufgebürdet wurde, im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen wurden;
4. Streichung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege entstanden sind;
5. Vorschüsse an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zurzeit lahmgelegt ist durch Zerstörung von Maschinen, Lebens- und Transportmitteln, die unerschütterlich sind, um die Hungersnot zu bekämpfen und die Industrie wieder aufbauen zu können;
6. Gründung eines internationalen Instituts für Wiederaufbau und Kreditgewährung, namentlich zu dem Zwecke:
a) den verwickelten Ländern sofort die nötigen Summen zu sichern, die für ihre Wiederherstellung unerlässlich sind,
b) den schon durch Hungersnot heimgesuchten Ländern, die nicht imstande sind, ohne Hilfe von auswärtig, ihren Platz in der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft wieder einzunehmen, zu Hilfe zu kommen;
c) die Zahlung von Pensionen aller Kriegsoffer in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren;
7. Die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausübung dieses Wiederaufbauplanes ergeben können.
Um das Werk des Wiederaufbaues Europas, mit dem die Frage der Reparation untrennbar verbunden ist, durchzuführen, muß, wie schon die Vertreter der 39 auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vertretenen Länder einstimmig feststellten, die Welt den Rivalitäten und Feindschaftsgefühlen ein Ende machen, wie sie die unausbleiblichen Folgen des Weltkrieges sind. Es ist die Aufgabe, vor allem der sozialistischen und Arbeiterparteien, einen Geisteszustand entgegenzuwirken, den kapitalistischen Versuchen, die Hand auf die Länder zu legen, die durch den Krieg zugrunde gerichtet sind, zu brandmarken, und alle Kraft aufzubieten, um dieses zu vereiteln.
In Erwartung der allgemeinen Konferenz, deren baldigen Zusammentritt sie erhoffen und begrüßen, sind die in Frankfurt vertretenen sozialistischen Parteien entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um der Politik des Zwanges eine Politik der gegenseitigen Hilfe und der Volksolidarität entgegenzusetzen.“
(Die Resolution zur internationalen Abrüstung bringen wir auf der dritten Seite dieses Blattes.)

Neue Drohungen Frankreichs.

Paris, 27. Februar. (W.F.) Der dem nationalen Bloß angehörende Abgeordnete Bonnel, der mehrfach den Ministerpräsidenten Briand in der Kriegsbeschuldigungsklage interpelliert hatte, schrieit im "Radical", seitdem der vom Obersten Rat eingesezte Ausschuß zur Begutachtung der Leipziger Urteile seine bekannten beiden Resolutionen gefaßt habe, habe Poincaré bekanntgegeben, er sei jetzt damit beschäftigt, die Akten der von französischen Militärgerichten abzuurteilenden Angeklagten zu vervollständigen. Diese Vorbereitung sei prinzipiell genau und werde eine gewisse Zeit erfordern. Deutschland werde aufgefordert werden, die Beschuldigten auszuliefern. Wenn es nicht Folge leiste, würden die im Versailles Vertrag vorgesehenen Sanktionen (gemeint ist die verhängte Besetzung der Rheinlande) angewandt werden.

Internationalisierte Finanzkonferenz.

Paris, 27. Februar. (W.F.) Hovas teilt mit, im Anschluß an den Schriftwechsel zwischen dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne und dem französischen Finanzminister de Laforest sei eine Konferenz der französischen, englischen, italienischen und belgischen Minister in Paris auf den 8. April anberaumt worden. Sie werde sich namentlich mit der Verteilung der deutschen Zahlungen und mit den Besetzungskosten beschäftigen.

Entlarvte Mittelstandsfreunde.

Der Reichstag beriet in den letzten Tagen ein für die Vermieter wie für die Mieter außerordentlich wichtiges Gesetz: das Reichsmietengesetz. Es enthält Richtlinien für die Mietpreisbildung für Wohnungen, Läden und sonstige Gewerberäume. Bei der heutigen Wohnungsnot ist keine Freigabe der Mieten möglich. Eine unerhörte Mietsteigerung wäre die Folge. Sofort würde die Spekulation mit bebauten Grundstücken noch mehr um sich greifen. Und ständig zunehmende Verkaufspreise und Hypotheken würden die höheren Mieten "realisieren". Wer nur einen Funken Verantwortungsbewußt hat, kann dies nicht zulassen. Es war daher durchaus richtig von der Regierung und von den Parteien, welche sie unterstützen, wenn sie gesetzliche Vorschriften über die Mietpreisbildung verlangten an Stelle der bisherigen, welche nur auf Verordnungen beruhen.

Nach dem Gesetzentwurf soll die Friedensmiete zunächst die Grundlage dieser Berechnung bilden. Zu dieser treten Zuschläge für die gesteigerten Verwaltungskosten sowie der großen Instandsetzungskosten. Um den Vermietern und Mietern in besonders gefährdeten Häusern die Aufbringung der Kosten für große Reparaturen zu erleichtern, ist die Bildung eines besonderen Ausgleichsfonds zugelassen.

Gewiß bringt das Gesetz erhebliche Mieterhöhungen; aber die Mieter glauben sich damit abfinden zu können; denn das Gesetz schützt sie vor Mietpreissteigerungen, die über die gesteigerten Selbstkosten des Hausbesitzes hinausgehen. Und es räumt ihnen ferner ein Kontrollrecht ein über die Verwendung der für laufende und große Instandsetzungsarbeiten ausgedachten Beträge. Es nimmt somit die Interessen der Mieterdeutlich wenigstens bis zu einem gewissen Grade wahr. Aber auch die Vermieter könnten mit dem Gesetz zufrieden sein: es gibt ihnen das Recht, anders als bisher, auch bei langfristigen Mietverträgen, die für eine Reihe von Jahren abgeschlossen sind, die Miete zu steigern und es ermöglicht ihnen, von den Mietern die Beträge für die Instandsetzungsarbeiten ohne das langwierige Verfahren zu erhalten, das heute der § 10 der Höchstmietenverordnung vorliegt.

Der organisierte Hausbesitz ist aber weit entfernt, diese Vorteile anzuerkennen. Es erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der von den Hausbesitzern beeinflussten Presse. Protestresolutionen, Entrüstungsprogramme wurden zu Tausenden durch das Land geschickt und flatterten den Reichstagsabgeordneten auf die Lippen. Endlich fand am 12. Februar unter der rühmlichst bekannten Regie des Schupferverbandes für den deutschen Grundbesitz in Berlin nochmals eine Massenprotestkundgebung statt, in der die Verewigung der Zwangswirtschaft durch dieses Gesetz gebrandmarkt wurde.

Man konnte von vornherein darauf gespannt sein, welche Stellung die Rechtsparteien zu dem Gesetzentwurf einnehmen würden. Sie hatten bisher keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um sich dem Mittelstande als Helfer und Retter anzupreisen. Wo es nur ging, betonten sie, daß sie die Interessen der Kleinrentner und Sozialrentner, der Beamten und Angestellten, der Handwerker, der Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenter mit Nachdruck fördern wollten. Man mußte also erwarten, daß sie die Gelegenheit mit Freuden ergreifen würden, um alle diese Schichten durch gesetzliche Vorschriften vor übertriebenen Mietsteigerungen zu schützen.

Aber siehe da: als es zur Entscheidung kommen sollte, zeigte sich ein ganz anderes Bild! Natürlich wollten sowohl die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei getreu ihrer überlieferten Parole auch bei dieser Gelegenheit Mittelstandspolitik treiben. Aber ihr Begriff vom Mittelstand verengerte sich plötzlich in wunderbarer Weise. Vergessen war plötzlich die Sorge für die Tausende von kleinen Rentnern, für die Beamten und Angestellten, für die Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenten, die vor dem Mietwucher geschützt werden müssen. Man dachte bei dem Worte "Mittelstand" nur noch an den organisierten Hausbesitz und seinen geräuschvollen Feldzug in der Presse und in der Öffentlichkeit. Vor seinem Diktat fielen die Führer der Rechten, die Hergt und Stresemann, die sich so gerne als starke Männer aufspielten, sofort um. Sie dachten nicht einmal mehr daran, daß den von ihnen so geliebten Handwerkern durch die Regelung der Reparaturkosten aus dem Entwurfe dauernde und lohnende Beschäftigung bei der Reparatur der alten Häuser gesichert wäre. Sie horchten nur nach auf die Kundgebungen des Hausbesitzes und der mit ihm verbündeten Hypothekenbanken und Großbanken. Diese verkündeten laut: "Fort mit der Zwangswirtschaft!" Und gehorham brachte der Abgeordnete Hergt mit seinen Genossen eine Entschlieung ein, in welcher der Reichstag aufgefordert wurde, seiner Abneigung gegen die Zwangswirtschaft Ausdruck zu geben und das Gesetz abzulehnen. Eine ähnliche Fanfare blies die Deutsche Volkspartei. Auch sie trat für Ablehnung des Gesetzes ein.

Der Zweck dieser Manöver ist klar: es soll auf baldigen Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hingewirkt werden. Die "Goldwerte" der alten Häuser sollen "realisiert" werden — freilich nicht für das Reich oder für die Gemeinden, sondern für die Herren Hausbesitzer selber, denen noch dazu bei den meisten großstädtischen Mietskasernen kaum ein Zehntel des Anlagekapitals gehört!

Hier eröffnen sich den Spekulanten und Schiefern, gegen die die Rechtsparteien sonst immer so scharfe Worte finden, die herrlichsten Aussichten. Was aus den Mietern wird — wer fragt danach!

Was sagen dazu die rechtsparteilichen Wähler, die nicht zufällig Hausbesitzer sind, und die durch die schönsten Versprechungen in das Lager der Reaktionäre hinübergelockt sind? Werden sie endlich erkennen, wozu man sie mißbraucht? Werden sie einsehen, daß man den „nationalen Gedanken“, mit dem man sie bisher gefördert hat, nun dazu benützt, um dem Hausbesitzer zu ungeahnten Mietssteigerungen und zu Milliardengewinnen zu verhelfen?

Sind sie gewillt, aus ihren sauer verdienten Löhnen oder Gehältern diese Milliarden zu verzinsen? Das Verhalten der beiden Rechtsparteien beim Reichsmietengesetz muß ihnen endlich zeigen, welchen Willen in Schatzkassen sie sich bisher anvertraut haben! Wenn diese Erkenntnis nun endlich durchbricht, dann sind die Mandate der Rechtsparteien nicht ohne Erfolg gewesen, wenn auch in anderem Sinne als die Herren Hergt, Stresemann, Gucknecht und Benthien gedacht haben. Der Abgeordnete Schulz-Bromberg, einer der Vorkämpfer der Deutschnationalen, rief bei der Beratung am 22. Februar aus: „Werd' das Scheusal in die Wolfsschlucht!“ Er meinte damit den Gelehtenwurf. Aber es ist notwendig, etwas ganz anderes in die Wolfsschlucht zu werfen. Nämlich das Lug- und Truggewebe von der Mittelstandsfreundlichkeit der beiden Rechtsparteien. Sie haben jetzt, als ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt wurde, ihr wahres Gesicht gezeigt. Und die Mieter sollten das nicht wieder vergessen!

Ausdehnung zum Reichsmietengesetz.

Die am 26. Februar dieses Jahres im Lehrerversammlung in Berlin abgehaltene, aus allen Teilen Deutschlands überaus zahlreich besetzte Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Mietervereine (Sig. Dresden) legte mit Entschiedenheit und Entschlossenheit einstimmig dagegen Verwahrung ein, daß der Hausbesitzer versucht, in letzter Stunde durch demagogische Kampfesweise und durch Drohungen (Steuererhöhen, abfällige Verleumdungen der Häuser, Verkauf an Ausländer usw.) das Gesetz zu Fall zu bringen. Sie richtet an den Reichstag das dringende Ersuchen, sich durch dieses Gebahren des Hausbesitzers nicht irre machen zu lassen, sondern das Gesetz, dessen wir dringend bedürfen, um Ordnung in die Hauswirtschaft zu bringen, zu verabschieden. Die Mieterschaft ist bereit, sich mit dem neuerdings vorliegenden Kompromißvorschlag abzulassen, auch wenn in ihm diese berechtigten Forderungen nicht erfüllt sind.

Mantelgesetz und Zwangsanleihe.

Deutschvolksparteiliche Schieberversuche.

Berlin, 27. Februar. (W.T.B.) Die Beratungen über die Schaffung und Ausgabe einer Zwangsanleihe, die im Reichsfinanzministerium in den letzten Wochen stattgefunden haben, sind jetzt so weit vorgeschritten, daß Sachverständige aus Bankkreisen, Industrie, Landwirtschaft und Handel und Arbeiterchaft gehört werden können. Zum Teil ist das schon geschehen; binnen kurzem werden die Verhandlungen der Sachverständigen fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden. Neben dem bisher vorliegenden Plan muß aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden. Doch steht fest, daß die Zwangsanleihe ein Opfer des Besitzes sein wird.

Das Reichsfinanzministerium mit Herrn Hermes ist also der Meinung, daß die Zwangsanleihe ein „Opfer des Besitzes“ sein wird. Das soll sie ja auch sein. Viel wichtiger als diese überflüssige Redensart in einer offiziellen Mitteilung erscheint uns, daß Hermes, wie gestern Abend die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu melden weiß, mit Herren der Deutschen Volkspartei verhandelt hat. Das volksparteiliche Blatt kann sogar mitteilen, obwohl „über den bisher vorliegenden Plan aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden muß“, daß das sozialdemokratische Verlangen, die Goldmilliarde noch

in diesem Jahr zu veranlagern, vom Reichsfinanzministerium als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werde, weil die Finanzämter zu sehr überlastet seien.

Diese merkwürdige Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums gewinnt eine noch eigentümlichere Beleuchtung, wenn beachtet wird, daß am vergangenen Sonntag „Die Zeit“ befriedigt meinte, man wisse ja, daß im Reichsfinanzministerium die Erträge der Zwangsanleihe gegen Mißbrauch geschützt sind. Uns will scheinen, als ob das Reichsfinanzministerium nach der Unterhaltung mit den Volksparteilern nicht nur die Erträge der Zwangsanleihe zu schützen gewillt ist, es hofft wohl sogar, es so weit zu bringen, daß die Zwangsanleihepflichtigen vor der Veranlagung geschützt werden. Oder hat die „D. A. Z.“ gelogen?

Es sei heute nur betont, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, sich diese Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums ruhig mit anzusehen. Wir wissen ja nun, woher die „D. A. Z.“ ihre Weisheit hat, wenn sie schreibt: „Es scheint zunächst noch ausgeschlossen, daß in aller nächster Zeit die Zwangsanleihe wirklich zur Erhebung kommen kann.“ Das letzte Wort ist über die Veranlagung und Erhebung der Zwangsanleihe noch nicht gesprochen. Die Sozialdemokratie behält sich unter allen Umständen vor, dabei deutlich mitzubestimmen.

Groß-Hamburg im Werden.

Beginn der preussisch-hamburgischen Verhandlungen.

Halbamtlich meldet W.T.B.: Gestern nachmittags 5 Uhr begannen im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums die Verhandlungen über Groß-Hamburg. Der preussische Ministerpräsident Braun eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßung, in der er hervorhob, auch die preussische Regierung verkenne nicht, daß die sachgemäße Ausgestaltung des hamburgischen Hafengebietes zur Ermöglichung der wirtschaftlichen Höchstleistung nicht nur im besonderen hamburgischen, sondern im allgemeinen deutschen wirtschaftlichen Interesse liege. Die preussische Regierung gehe mit dem Senat Hamburgs sonach im Ziele einig, und es werde Aufgabe der Verhandlungen sein, den richtigen, allen berechtigten Interessen Rechnung tragenden Weg zu diesem, im Interesse unserer deutschen Wirtschaft zu erstrebenden Ziele zu finden. Wenn beide Teile partikularen Sonderinteressen zurückstellten, würde es möglich sein, das Problem in kürzester Zeit befriedigend zu lösen.

Die Raehnesche Notwehr.

Eine feierliche Berichtigung der Justiz.

Folgende Berichtigung geht uns zu:

„Es ist nicht richtig, daß der Untersuchungsrichter den Haftbefehl gegen v. Raehne abgelehnt hat, weil Flußhüterdacht nicht vorliege. Die Ablehnung des Haftbefehls ist vielmehr erfolgt, weil der Untersuchungsrichter Notwehr als erwiesen angenommen hat. Die Frage, ob Flußhüterdacht oder Verdunstungsgefahr vorliege, kam für ihn daher gar nicht zur Entscheidung.“

Der Landgerichtspräsident.

In Vertretung: Dachmann, Landgerichtsdirektor.

Der Oberstaatsanwalt.

In Vertretung: Gerlach, Erster Staatsanwalt.

Wir haben die Meldung, daß der Haftbefehl gegen v. Raehne wegen mangelnden Flußhüterdachts abgelehnt sei, einer Korrespondenz entnommen und bereits vor Erhalt der Berichtigung in unserer Montagsausgabe richtiggestellt. Was dort zur Sache selbst gesagt ist, brauchen wir nicht noch einmal zu wiederholen. Als neues Charakteristikum buchen wir nur, daß die Justiz selber größten Wert auf die Feststellung der Tatsache legt, daß von Gerichts wegen dem Schiehelden v. Raehne kein Haar gekrümmt, daß er noch nicht einmal Anklage gegen ihn erhoben werden soll. Damit zeigt sich die preussische Justiz auf der gleichen Höhe der Objektivität, die wir stets mit schauderndem Staunen bewundert haben. Denn uns Leuten ist so etwas von Gerechtigkeit einfach unfaßbar.

Die neue Auslegung des § 193.

In einer Verleumdungsklage, die juristisch von hohem Interesse ist, hat jetzt das Reichsgericht die endgültige Entscheidung gefällt. Es handelt sich um eine Klage des ehemaligen braunschweigischen Ministers Sepp Dertter und des jetzigen Ministers Junger gegen den Redakteur Becker von den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“. Eine Erklärung der braunschweigischen Regierung hatte den braunschweigischen Richtern Klagen vorgetragen, was Becker in seinem Blatte für eine „nichtwürdige Verleumdung“ erklärte. Deswegen hatten die Minister Klage erhoben. Das Landgericht Hildesheim, das zunächst in dieser Sache zu entscheiden hatte, war zu einer Freisprechung des Angeklagten gelangt mit der Begründung, daß die Presse befugt sei, allgemeine öffentliche Interessen zu vertreten. Es hatte dem Angeklagten daher den Schutz des § 193 StGB zugebilligt.

Das Reichsgericht ist jetzt dieser Entscheidung beigetreten und hat damit seine konstante Auslegung des § 193 umgestoßen. Unter dem alten System wurde nämlich der Presse das Recht, öffentliche Interessen zu vertreten, grundsätzlich abgesprochen. Damals waren es allerdings meist linksstehende Blätter, die an Vertretern des Obrigkeitstaates Kritik übten. Heute, wo weit häufiger die Rechtspresse an Handlungen untauglicher Regierungen etwas auszusagen hat, ist der Justiz die Erkenntnis gekommen, daß der § 193 bisher zu engherzig ausgelegt wurde. Mit der Begründung, daß die Republik andere Verhältnisse geschaffen habe, erweitert die Justiz das Recht der öffentlichen Kritik freigegeben. Woraus in der Tat zu ersehen ist, daß die Behauptung der Existenz einer Klassenjustiz „nichtwürdige Verleumdung“ ist...

Wendorff und die Sahnitzer Kreide.

Die Sahnitzer Kreide, der wertvolle Rohstoff für Schlemmkreide, Kalk und Zement, gehört zum größten Teil dem preussischen Forstfiskus, und das an der Bohm liegende Vorkommen sollte neu verpachtet werden. Die Gemeinde Sahnitz, die seit vielen Jahren mit großem Erfolg eine Schlemmkreidefabrik betreibt und ihren Betrieb in der großzügigsten Weise ausdehnen will, wozu sie die Sicherung des Rohmaterials in großen Mengen für viele Jahre braucht, hat sich seit Monaten um diese Kreide bemüht und schließlich auch die selbstverständliche Zusicherung erhalten, daß sie vorzugsweise Berücksichtigung finden würde, wenn sie den im öffentlichen Aufbot zu erzielenden Preis zahlt. Die Gemeinde hat infolge ihres schnellen Wachstums ungeheure soziale Kosten, und die Ueberschüsse großer verbundener Anlagen können gar nicht besser als zu diesen Zwecken verwendet werden.

Run soll trotz allem nicht die Gemeinde, sondern irgendein Spekulant vom Ministerium den Zuschlag erhalten und die Gemeinde nur an anderer Stelle entschädigt werden. Der Günstling der Regierung ist Herr Blesath aus Stralsund, ein Infallstaur, der sich jetzt „Ingenieur“ nennt und auch von der Regierung so tituliert wird, der sich nach dem Kriege durch Konjunkturgewinne bei Auto- und Materialverkäufen ein Millionenvermögen erworben und es jetzt zur Abwechslung mal mit der Augenblinde auf gehenden Kreide versuchen will. Seine Beliebtheit bei dem Referenten der Forstverwaltung in Stralsund ist sehr auffällig und soll im Landwirtschaftsausschuß des Preussischen Landtags unter die Lupe genommen werden. Anzuraten wäre auch, daß die bisher nicht eingesehenen Finanzamtssachen des Herrn Blesath einer genauen Prüfung unterzogen werden. Jedenfalls wäre es bedauerlich, wenn die Geschäftsmethoden, die Herrn Blesath so weit gebracht haben, ihm auch bei der Regierung den Vorzug vor einer Gemeinde sicherten.

Die Parlamente hollen wider von dem Reichsrat der Gemeinden, und die Regierung versichert immer wieder ihr größtes Wohlwollen. Hier ist Gelegenheit, es auch zu beweisen; wir erwarten von unseren Genossen, daß sie beim Landwirtschaftsausschuß dem Herrn Minister klarmachen, wie er das Wohlwollen der Regierung der Gemeinde Sahnitz gegenüber am besten in die Tat umsetzen kann.

Die portugiesische Regierung konnte nach Lissabon zurückkehren und hat vom Parlament ein Vertrauensvotum erhalten.

Die neue Berufsschule.

Hatte die bisherige Berufsbildung die intensivste Übung der beruflichen Arbeitsfunktionen als Mittel höchstmöglicher Steigerung der Erwerbsbefähigung zum Gegenstand, so stellt die neue Berufsschule in den Mittelpunkt ihrer Arbeit den Menschen, die Ganzheit seines Lebensinhalts als eines vielseitig verwendbaren, schaffenden Gliedes der Arbeits- und Kulturgemeinschaft. Statt des heute allbeherrschenden Erwerbsinnes strebt sie nach Entwicklung wahren Gemeinlebens.

Die neue Berufsschule vollzieht sich in verantwortlicher Teilnahme an der gesellschaftlich notwendigen, produktiven Gemeinschaftsarbeit, im Rahmen technisch und hygienisch vollkommenerer Wirtschaftseinheiten, die unter peinlichster Beachtung physisch-psychischer Erziehungsgrundsätze ausgewählt, geleitet und überwacht werden. Unter freudiger Bezeichnung der äkonomischen Bedeutung vornehmender Arbeit bildet sie statt handlungsbewusster Volksgenossen neue „Arbeiter“, denen die naturgesetzliche Grundlage ihres Produktionsprozesses erschlossen wurde als Mittel zum Erreichen der Gesamtheit des schaffenden Lebens und seiner lebendig fortwährenden Weiterentwicklung.

Im engeren Bündnis mit den naturwissenschaftlich-technologischen äkonomischen Notwendigkeiten schreitet die körperlich-geistig-seelische Pflanze einher. Jede Höherentwicklung der Technik erfordert entsprechend erweiterte Menschen, die trotz des Mißbrauchs zu Eigenart und Arbeitsfreude den Sinn und die Kulturbedeutung des Fortschritts wirklichkeitsvoll erkennen und ihm lebensvolle Formen zu geben vermögen.

Für jede arbeitstechnisch begründete Mechanisierung und Umformierung muß eine Korrektur gefunden werden nach den Grundgesetzen des „Arbeitsgesetzes“ in der Richtung der ursprünglichen Einheit körperlich-geistiger Betätigung des Menschen und ihrer ständigen Weiterentwicklung in der neuen Gesellschaft. Die neue Berufsschule muß ein echter Schritt sein nach der Verwirklichung der Wirtschaft hin, sie bildet und formt zu ihrem Teil den neuen Menschen.

So unterhält Dr. Olga Essig, Leiterin des Fortbildungsschulwesens der Stadt Wilm, Schulreformerin und Parteigenossin, die Aufgaben und das Wesen der Berufsschule, für die sie so zu kämpfen haben. Sie gibt jedoch im Verlage C. U. Schwesbche Sohn ein Buch heraus „Beruf und Mentale“, das Unfassen erregt wird. Es enthält in der Hauptsache die Reden der von so vielen Regierungsobersten und Berufsschulleuten besuchten öffentlichen Berufsschultagung. Das Problem wird eindringlich und vielseitig beleuchtet und von Menschen, die ein Recht haben, gehört zu werden. Karl Bröger schildert die „Berufsschule der Jugend“, Prof. Robert Willbrandt erörtert Berufsschulreform, Berufswahl, Berufsvorbereitung, der Referent spricht über „Arbeitsfreude und Berufsvorbereitung“, der Gewerkschaftsreferent Alexander Knoll über „das Problem der Berufsschule“, W. Herring über „die Ausbildung der neuen Berufsschullehrer“, Hugo Einzheimer über die „gründliche Fortbildung der Berufsschüler“, endlich Helene Simons über „Beruf und Persönlichkeit“ und Olga Essig in ihren beiden Kernausführungen

über „Berufswahl und Berufsbildung“ und über „die neue Berufsschule“. Die Referate sind alle Sozialisten, ihre Auffassungen schließen sich harmonisch zusammen.

Dies Buch wird der Ausgangspunkt dieser Erörterungen, Kämpfe und Versuche werden. Es gehört in die Hand jedes Berufsschullehrers, Gewerkschaftlers, Sozialpolitikers. Paul Destrch.

Das Barometer der Börse. Wie ich zu dem Ruf eines Börsenpropheten gekommen bin, der auf Schritt und Tritt von Spekulanten verfolgt wird, sollen Sie erfahren. Vielleicht bekomme ich dann Ruhe vor dieser Sorte von Leuten. Komme ich müde nach Hause, wartet's Dugend davon auf mich, scheuert meinen rechten Berleterer mit Papiergarneinlege ab; wichtige Briefe lasse ich schon nicht mehr unter dem Briefschwerer liegen, da habe ich meine Erfahrungen gemacht. Nun muß ich unentgeltlich über den Stand des Dollars am andern Tage Aufschluß geben, und meine Prophezeiungen treffen stets ein. Warum ich selbst nicht spekuliere? Ich verabsäume diese Art Geld verdienen; ja so — mit sehr außerordentlichem zum ersten Mal zum „Bierstübchen“ hingelockt, riefst er: „Lieber Freund! Wie wird morgen der Dollar stehen?“ Wenn das Telefonröhrlein kug ist, dann muß es meine Kenntnisse auch aus.

Also diese Kenntnisse habe ich mir so erworben: In einem Gebäude, an dem mich mein Weg zum Dienst täglich vorbeiführt, ist ein großes Spezerei- und Delikatessengeschäft. Eines der vielen Schaufenster ist mit Seltsamkeiten bestückt. 4 Pfund im Leinwandbeutel. So ein Beutel Salz kostet anfangs, als die Mark noch hoch stand, 85 Pf. Dann stieg der Preis auf 1,25 — 1,35 — 1,85 M., aber stets 24 Stunden, bevor der Dollar stieg, war der Preis erhöht. Entweder hat der Mann, sage ich mir, glänzende Verbindungen an der Börse, oder die Börse richtet sich nach seinem Salzpreis; ich glaube oder das erstere. 24 Stunden, bevor der Dollar auf 300 stand, kostete das Salz 2,25 M., 24 Stunden vor dem schwarzen Donnerstag, also am Mittwoch früh 1/8 Uhr, war es mit 1,85 M. ausgezeichnet. Als noch niemand an das Steigen des Dollars dachte, stand der Preis des Salzes auf 2,05 M.; Montag, den 20. Februar, morgens: 2,10 M. Ich gehe nochmals nach Hause und bringe an meiner Tür einen Zettel an: „Dollar steigt rapide weiter.“

Glauben Sie, mich hat einer dieser Spekulanten aus Dankbarkeit zu einem Glas Wein eingeladen? Aber ich werde mich rächen. Wenn jetzt das Salz wieder einmal fallen wird, schreibe ich auf den Zettel: „Schnell Deinen kaufen! Dollar wird steigen!“

Staatsoper: „Der Barbier von Bagdad“. Der Cornesische Barbier, dieses wundervolle Stiefkind der deutschen Opernbühne, dieser Verdübler aller deutschen Musikanten, hatte gestern wieder einmal einen großen Erfolg. Sein Stiefkind ist, unter den Lorbeerblättern solcher Erfolge dann wieder auf Jahre hinaus zu verbergen. Dorn wird auch die Reinspielung nach der Originalpartitur nicht viel ändern. Schillings Eifer und Stiebrns feinste Stabführung bleiben hoch zu loben. Das Prinzipielle dieses tragischen Falles einer tomischen Oper bleibt zu erklären. R. S.

Aluminium und Naturfärbung. Das Aluminium ist nach dem Sauerstoff und Silizium das auf unserem Planeten am stärksten verbreitete Element und bildet einen Hauptbestandteil der festen Erdkruste. Man hat früher behauptet, daß das Aluminium von der Pflanze nicht aufgenommen wird oder jedenfalls einen sehr unzulänglichen Bestandteil der Zelle bildet. Der Direktor der Versuchsanstalt an der Proger Technischen Hochschule Professor Julius Stoll hat nun eingehende Forschungen über die Verbreitung des Aluminiums in der Natur und seine Bedeutung im Pflanzen- und Tierreich angestellt. Seine Untersuchungen haben, wie er selber in der „Mensch“ berichtet, den Nachweis erbracht, daß dem Aluminium eine bedeutende Rolle im Naturhaushalt zugeschrieben werden muß. Während bei den die Trockenheit lebenden Pflanzen der Aluminiumgehalt gering ist, erhöhen sich die, welche Wasser lieben oder im Wasser wachsen, durch einen großen Aluminiumgehalt aus. Vor allem aber besitzt das Aluminium die Eigenschaft, daß es bei den Nahrungspflanzen in der Natur eine bedeutende Rolle spielt. Aluminium tritt mit Eisen und Mangan auf die im Zellsaft gelösten Farbstoffe der Blüten einen großen Einfluss aus. Diese drei Elemente bewirken nicht nur die Intensität der Färbung, sondern rufen auch die Farbenveränderungen hervor, durch die weiße und rosa Blüten in rote oder blaue und gelbe in rote verandert werden. Nicht minder ist das Aluminium in der Tierwelt bei der Färbung beteiligt. Es zeigte sich, daß sowohl bei den Räuern wie auch bei den Vögeln, bei denen blaue, violette, rote und blaugrüne Pigmente vorhanden sind, der Aluminiumgehalt größer ist als bei anderen Pigmenten. Daher ist bei fast allen die Tiere lebenden Pflanzen, deren Blüten arm an Aluminium sind oder die überhaupt kein Aluminium enthalten, die weiße oder gelbliche Färbung vorherrschend. Beobachtet man das Aluminium im Mineralreich, so erkennt man, daß es sich in den buntesten Edelsteinen befindet, so im Rubin, Saphir, Smaragd usw. „Wenn man die Farbenbildung im Mineral-, Pflanzen- und Tierreich beobachtet“, so konstatiert der Forscher, „dann gelangt man zu der Erkenntnis, daß Aluminium bei der Bildung der bunten Farben in der Natur eine geheimnisvolle Rolle spielt. Es wirkt im Boden oder dem Wurzelstystem der Pflanzen aufgenommen, und es bilden sich unter seiner Mitwirkung prachtvolle rote, blaue und violette Blüten. Die Pflanzen dienen den Tieren als Nahrung, und wenn das Aluminium in das Tierreich wandert, so beteiligt es sich an der Bildung der zarten und herrlichsten Farben der tierischen Organismen.“

Der Hölle menschen als Astronom. Die Plejaden oder das Sternbild gehören zu den seit ältesten Zeiten bekanntesten Sternbildern. Es werden bei Homer und bei Hesiod erwähnt und haben ihren Namen ja auch von einem griechischen Mythos. Der Ausgang des Sternbildes verläuft durch die Nähe der Erde und die Zeit der neuen Aurore. Nun sollen aber nach Mitteilungen, die Professor Baudouin, erstlich auf Kunde des Geologen Baudouin, der französischen Akademie des Sciences gemacht hat, schon die Höllebewohner die Plejaden gefasst haben. Baudouin fand nämlich prähistorische Zeichnungen, die das Sternbild der Plejaden darstellen sollen. Das merkwürdigste daran ist jedoch, daß diese Zeichnungen eine Gruppe von 10 Sternen wiedergeben, während man in dem Sternbild mit bloßem Auge nur 7 Sterne wahrnehmen kann. Die 10 in der Zeichnung dargestellten Sterne sind nur von einem hohen

Für internationale Abrüstung.

Zum Vorschlag der Abrüstungskommission nahm die Frankfurter Tagung folgende Stellung:

Das Prinzip der Gewaltlosigkeit ist durch die Ereignisse verurteilt. Die Politik der notwendigen gegenseitigen Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt und des Inkrafttretens des Systems des Wiederaufbaues durch das Zusammenwirken aller, hat die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen zur Voraussetzung, die seinerzeit anlässlich des Ultimatum von Venedig Deutschland auferlegt wurde, ebenfalls die Aufhebung der militärischen Okkupation. Sie nur zu leicht neue Okkupationen herbeiführen kann. Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der Bevölkerung der besetzten Gebiete, verschärfen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufzubringenden Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besiegten und birgt in sich die Gefahr neuer Konflikte.

Das Problem der von der Arbeiterklasse aller Länder stets geforderten allgemeinen Abrüstung ist auf einer allgemeinen Konferenz aller sozialistischen Parteien der Welt zu erörtern. Jedoch schon die gegenwärtige Konferenz erklärt als die dringlichste Aufgabe, die militärischen Ausgaben und Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft sofort überall und in wirksamer Weise einzuschneiden als Stappe auf dem Wege zur vollständigen Entwaffnung. Einerseits wird die deutsche Arbeiterklasse ihre Aktionen fortsetzen, zugunsten einer wachsenden, durch die Berufsorganisationen der Arbeiterschaft auszuführenden Kontrolle der Abrüstungen, sowohl was bewaffnete Kräfte als Herstellung und Sammlung von Waffenmaterial betrifft, um jede Herstellung von Kriegsmaterial und jede Waffenverehrung zu verhindern und die Entwaffnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich jedem offenen oder versteckten Versuch der Wiederherstellung des Militarismus widersetzen.

Andererseits werden die sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Belgiens, Frankreichs und Italiens zur Bekämpfung der Rüstungen zunächst in den Parlamenten ihrer Länder größte Einschränkung fordern und die Arbeiterklasse weiter auffordern, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampfe gegen die Rüstungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die sozialistischen Arbeiterparteien dieser Länder werden ferner die Aufhebung der militärischen Okkupationen verlangen, die der Wiederherstellung eines wirklichen Friedens und eines wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues der Welt entgegenstehen.

In die Stelle der Politik der Rüstungen der einzelnen Staaten und an die Stelle der Bündnisse, die oft nur zur Schaffung der Hegemonie des einen Staates oder einer Staatengruppe über andere Staaten führt, muß die politische, internationale Verständigung treten, welche die allgemeine Entwaffnung und die Garantie des Weltfriedens zum Ziel hat. Die Durchführung des internationalen Schiedsgerichtsverfahrens und die Herstellung eines wirklichen souveränen, alle Länder umfassenden Bundes muß erreicht werden, der alle Konflikte zwischen den Völkern zu schlichten und den ungehinderten wirtschaftlichen Verkehr der Völker zu Wasser und zu Lande herbeizuführen und zu stiften hat.

Die internationale Verständigung kann in dauerhafter Weise nur verwirklicht werden durch solidarische Aktionen der Arbeiter aller Länder.

Die Konferenz erklärt sich vollkommen einverstanden mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses der Metallarbeiter, der Bergarbeiter und Transportarbeiterverbände und der Gewerkschaftsinternationale, die sich bereit erklärt haben, jeden neuen Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten.

Unregelmäßigkeiten beim Verwalten deutschen Eigentums.

Präsident Harding schiebt die formelle Genehmigung über die Erneuerung der o. a. Patente auf, bis die gegenwärtig schwebende Untersuchung über die Unregelmäßigkeiten, die sich der Verwalter des feindlichen Eigentums im Jahre 1919 durch den Verkauf deutscher Patentspatente an eine amerikanische Gesellschaft zuschulden kommen ließ, beendet ist.

Berge aus oder mit Hilfe eines Fernrohrs zu erkennen. Professor Bigelow warf nun die Frage auf, ob wohl die Höhlenmenschen bereits die Beobachtung gemacht haben könnten, daß man von einem Berg aus mehr Sterne wahrnehme als aus der Ebene. Andere Erklärungen würden darin liegen, daß der primitive Mensch bessere Augen gehabt habe oder daß die Beobachtung erheblich an Lichtstärke abgenommen hätte.

Der sprechende Film.

An die Erfindung des sprechenden Films, der Wort und Gebärde also vereint, sind wiederholt die größten Hoffnungen geknüpft worden, ohne daß sie bisher erfüllt worden wären. Edison's „Kinetophon“ hat sich als unzuverlässig erwiesen, spätere Konstruktionen haben auch keine Besserung des Verfahrens gebracht; es blieb immer eine große Unklarheit im Ton oder ein Nachhaken zwischen dem Ton und der ihm entsprechenden Bewegung. Gegenwärtig wollen Schweden und England die Erfindung des vervollkommenen sprechenden Films sein. Beide Länder beanspruchen die Priorität der Erfindung. Nach englischen Zeitungsmitteilungen ist das Problem jedenfalls durch ein von der schwedischen Erfindung unabhängiges Experiment selbstständig gelöst worden, das von Orinbell-Rattensson angefertigt wurde. Die englische Erfindung unterscheidet sich von dem schwedischen Verfahren dadurch, daß der englische Apparat mit einer Kamera und einem Projektionsapparat anreicht, indes die schwedische Erfindung für das Lichtbild und für die Wiedergabe des Klanges zwei getrennte Apparate braucht; das würde zugunsten der Orinbell-Rattenssonschen Erfindung sprechen, weil die Gefahr damit beseitigt ist, daß einer der beiden Apparate unbrauchbar werden kann. Der Klangerzeuger bei der englischen Erfindung ist ein kleiner Apparat, der der Filmkamera beigegeben ist; ebenso ist es mit dem Apparat für die Klangerzeugung. Die Tonbewegungen werden von Elektrotonen aufgenommen und von einem Stahlzylinder aus auf den Film übertragen. Die sog. „synchronische Klänge“, der Einbruch der Gleichzeitigkeit zwischen Ton und Bewegung, soll eine vollkommene sein. Man wird abwarten müssen, ob diesmal das Problem in annähernd glücklicher Weise gelöst ist.

Zeitungslektüre bei Meteorbeschichtung.

Von einer riesigen Feuerkugel, die in der Nacht zum 11. Januar über den südlichen Himmel ihre Bahn nahm, wußten die Passagiere eines Schiffes zu erzählen, das kürzlich aus Südamerika in New York eintraf. Die Himmelserscheinung hat das lebhafteste Interesse der Astronomen in Brasilien, Argentinien und Uruguay erregt. Das Meteor hatte die Größe eines Vollmonds, und sein Licht war so hell, daß die an Bord des Schiffes befindlichen Passagiere erschreckt aus den Kabinen an Deck strömten, um zu sehen, was los sei. Die Feuerkugel brauchte 3 1/2 Minuten, ehe sie am Horizont verschwand. Während dieser Zeit konnte man an Bord die Zeitungen wie bei Tage lesen. Hinter dem Rauchkörper sah man einen riesigen glänzenden Schwefel-

Zu Deutschen Oberhaus hat am Dienstag Ewald Reichberg als dritte und letzte Schlichter die Mini- in „Dohme“.
Eine Sitzung wird am Mittwoch, 1. März, 8 Uhr, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, über „Die neue Berufsschule“. Debenmann ist eingeladen.

Abchluss des Sachlieferungsabkommens.

Die Verhandlungen, die in den letzten zwei Wochen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Vertretern der Reparationskommission über die Durchführung der Sachlieferungen geführt worden sind, haben gestern, wie WTB, meldet, zu einem vorläufigen Abschluss geführt. Es ist ein Abkommen paraphiert worden (d. h. es wurde von den Verhandlungsleitern mit ihrem Zeichen versehen), das der deutschen Regierung und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

WTB meldet: Die getroffene Vereinbarung wird dem Reichskabinett vorgelegt werden und erst nach Prüfung durch dieses zur Veröffentlichung kommen. Da Reichskanzler Dr. Wirth gegenwärtig noch in Freiburg weilt, dürfte die Veröffentlichung nicht vor Mittwoch erfolgen. Das zu erwartende amtliche Kommuniqué wird auch auf den materiellen Inhalt des neuen Sachlieferungsplans eingehen, über den nach Ansicht zuständiger Stellen in der Öffentlichkeit vielfach nicht zutreffende Kombinationen verbreitet sind.

Eine sachliche Stellungnahme zu dem Abkommen wird mittig erst nach der Veröffentlichung der Reichsregierung, die auch wir für unbedingt geboten halten, möglich sein.

Lloyd George und Poincaré.

Opposition gegen ein Bündnis mit Frankreich.

London, 27. Febr. (WTB). „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, die Regierung werde wahrscheinlich das Parlament auflösen, sobald sie für die Neuwahlen bereit sei. Die Zwischenzeit bis dahin sei jedoch von ersterer Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré in Brüssel würden vielleicht die Zukunft des Landes für ein Menschenalter beeinflussen. Der Premierminister dürfe das Land nicht zu Verbindlichkeiten verpflichten, die zukünftige Gefahren in sich bergen. Eine militärische Verpflichtung Frankreich gegenüber dürfe nicht übernommen werden. Ein Sonderabkommen würde dem Geiste und den Bestimmungen des Völkervertrages zuwiderlaufen. Eine Politik der Sonderbindnisse und Sonderverpflichtungen dürfe keine liberale oder Arbeiterregierung in der Zukunft verfolgen wollen, und die letzten Ergebnisse deuteten nicht auf eine Niederlage dieser beiden Parteien bei den Neuwahlen hin. Diese Parteien hätten ein Recht, darauf zu ermahnen, daß ihre Ansichten in dieser lebenswichtigen Frage in Betracht gezogen werden.

Nach der italienischen Ministerkrise.

Rom, 27. Februar. (CP.) Die Abgeordneten Turati, Treves und Modigliani sind vom leitenden Ausschuss der sozialistischen Partei zurückgetreten. Der Grund hierfür liegt in Unstimmigkeiten anlässlich der Haltung zur Ministerkrise. Die genannten Abgeordneten treten für eine positive Mitarbeit nach dem Vorbild der Volkspartei ein, um den Sozialisten einen großen Einfluss auf die Politik zu sichern. Die Parteileitung und der radikale Flügel der Kammergruppe erklärte sich jedoch gegen jene Abwendung der Tatist.

Die Regierung de Facta wird sich in der ersten Hälfte des März dem Parlament mit ihrem Programm vorstellen. Auf das voraussichtliche Programm der Regierung können natürlich nur aus der Zusammenlegung des Kabinetts Schlüsse gezogen werden. Dabei ist zu beachten, daß der Einfluss der Anhänger Giolittis überwiegend ist. Neben de Facta sind auch der Außenminister Senator Schaner und der Schatzminister Peano als unbedingte Anhänger Giolittis anzuspüren, ferner ebenfalls von der demokratischen Kammergruppe der Justizminister Luigi Rossi und für Handel und Industrie Minister Teolito Rossi. Der Finanzminister Bertone, der der katholischen Volkspartei angehört, hat auf dem letzten Kongress dieser Partei das Finanzprogramm Giolittis vorbehaltlos in Schutz genommen. Trotz der Orientierung nach links, die sich aus der Zusammensetzung des Kabinetts ergibt, hat die nationale Rechte ihre Mitwirkung und Unterstützung ausgedehnt. In der unbedingten Opposition bleiben lediglich die Sozialdemokraten, trotzdem ihnen de Facta auf dem Gebiete der inneren Politik Konzessionen gemacht hat.

Zurzeit findet die Bestellung der Unterstaatssekretariate statt, von denen den Katholiken 5 und den Demokraten 9 zugesprochen werden sollen. Zum Unterstaatssekretär des Ministerpräsidenten soll der Abgeordnete Casarano ernannt werden.

Die Gelben an der Arbeit.

„Ein neuer Eisenbahnerstreik?“

In den nächsten Tagen sollte in der bürgerlichen Presse eine Heiße erheben, die der Reichsbund Deutscher Berufsbeamten von der T. L. verbieten lassen würde. Es handelt sich um eine Entschliessung als Ergebnis einer Besprechung von 13 Beamtenorganisationen, die etwa wie folgt lautet: „Die 15 vertretenen Verbände lehnen das Beamtenstreikrecht als unannehmbar mit dem Berufsbeamten ab; sie verlangen an Stelle der im Werden begriffenen Beamtenräte Beamtenkammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften und erklären sich ferner bereit, dahin zu wirken, daß der Einfluss der freien Gewerkschaften auf die Gestaltung der Beamtenangelegenheiten gebrochen werde.“ Außerdem wird in der Entschliessung, welche ohne jede Abstimmung „angenommen“ wurde, die

Gebildung einer wirtschaftsrechtlichen Eisenbahnbeamtenorganisation

angeführt. Die Sitzung, in der diese Entschliessung „gefaßt“ wurde, fand am 25. Februar statt. Sie war streng vertraulich und man hatte zu ihr nur Organisationen geladen, die weder dem Deutschen Beamtenbund noch den sogenannten politischen Gewerkschaften angehören. Als Zweck der Konferenz war auf den Einlassungsschreiben mitgegeben, Mittel und Wege zu finden, den unerträglichen Einfluss der Beamtengewerkschaften (ohne Ausnahme) zu brechen.

In der Sitzung hielt der Reichsgerichtsrat und Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Beamtenbundes Dr. Hüfner ein einschüßiges Rede. Er behauptete, daß sich nach der Revolution neben den offiziellen Gewalten des demokratischen Staates andere, unoffizielle, gebildet hätten, die unser ganzes öffentliches Leben in unerträglicher Weise beeinflussen. Dies seien die sogenannten Gewerkschaften. Selber gerieten auch die Beamten immer mehr unter ihren unheilvollen Einfluss.

In der Diskussion teilte Eisenbahningenieur Krüger (Hannover) mit, daß der Verband der Eisenbahningenieure aus der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten ausgeschlossen sei. Bei Ausbruch des Eisenbahnbeamtenstreiks sei vom Reichsverkehrsminister seiner Organisation die Leitung der Streikabwehr übertragen worden. Er schlug schließlich die Bildung von Ausschüssen vor, welche den Kampf gegen die linksgerichteten Organisationen aufnehmen sollten. Besonderen Wert legte er auf die

Bildung eines „Antistreikausschusses“, der in Verbindung mit der Technischen Rothilfe die Vorbereitungen für den kommenden Eisenbahnerstreik zu treffen habe.

Widmann äußerte sich der Führer der Gelben, Reichstagsabgeordneter Geisler (Dt. Sp.). Nach seinen Informationen werde

der neue Streik der Eisenbahner am 10. März

bestimmt einziehen. Diesen Streik würden auch die nicht linksgerichteten Elemente mitmachen, weil er sich gegen die von den bürgerlichen Parteien verlangten und vom Reichsverkehrsminister beschlossenen Abregelungen wende. Man könne durch Ausverkehen, daß die Eisenbahnbeamten sich nicht von dunklen Ehrenmännern, als die sie die, heute in der Regierung sitzenden Persönlichkeiten

nun einmal betrachteten, mahregeln lassen wollen. Denn daß der Beamtenstreik überhaupt möglich gewesen ist, daran trage die Regierung die alleinige Schuld. Bei dem kommenden Eisenbahnerstreik liege allerdings die Gefahr nahe, daß die Kommunisten versuchen würden, die Bewegung für sich auszunutzen. Deutsche Gelber würden in Russland in Massen hergestellt; daher verfüge auch die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner über so scharfe Gelber. (1) Den Führern der Reichsgewerkschaft sei überhaupt nicht zu trauen. Sie können ebenso gut nach rechts wie nach links. Auch er forderte die

schnelle Schaffung eines Antistreikausschusses.

Er sei Vertrauensmann der Technischen Rothilfe bei den bürgerlichen Parteien und werde voll und ganz seinen Mann stehen. Im übrigen müsse für die Befolgung der Lokomotivführer etwas getan werden. Ebenso müsse auch für die Schupo etwas geschehen, damit diese im Ernstfall nicht verfolge.

Es wurde schließlich versucht, vier Ausschüsse zur Aufnahme der Verarbeitung usw. zu bilden, doch kam nur ein Organisationsausschuss und der Antistreikausschuss zustande und auch nur dadurch, daß die Drahtzieher sie selbst bildeten. So besteht

der „Antistreikausschuss“ aus den Herren Geisler und Krüger.

Herr Geisler will noch einen Lokomotivführer an die Hand haben, der mitmachen würde, und zwar ein früheres Vorstandsmitglied der Reichsgewerkschaft.

Der Festlegung ihrer Ansichten hielten sich die meisten Organisationsvertreter durch schleunige Flucht entzogen, so daß die ganze Sache als ein Fehlschlag bezeichnet werden kann. Immerhin hat die organisierte Beamtenschaft Ursache, die Augen offen zu halten. Insbesondere dürfte sich die Reichsgewerkschaft noch mit der Sitzung und den auf sie gerichteten Angriffen zu befassen haben.

Landwirtschaftliche Fragen.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages beriet am Montag den Landwirtschaftssetat. — Berichterstatter v. Winterfeldt (Nat. Sp.): Durch die bessere Brotgetreideernte im Jahre 1921 im Vergleich zum Vorjahre ist eine gute Abfederung der Umlage möglich gewesen. Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion müssen rund 8000 Neusiedlungen beschaffen werden. Allein die Provinz Brandenburg soll 80000 Morgen für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen. — Abg. Peters (Soz.): Die Landwirtschaft macht die Preise, der Bauer ist der erste Wucherer, und die andern wuchern mit. Mit der Reichslandbundtagung in Hannover muß sich der Staatsanwalt beschäftigen. Durch die

Zurückhaltung der Kartoffeln

sind große Mengen erfroren. Ein Verbrechen ist es, unter den jetzigen Verhältnissen die freie Wirtschaft für Brotgetreide zu fordern. — Abg. v. Papen (Z.) verlangt den allmählichen Uebergang zur völlig freien Wirtschaft. — Abg. Milbert (Nat. Sp.) schließt sich dem an. — Abg. Brandenburg (Soz.): Die Landarbeiterwohnungen müssen den Waiseneinigungsämtern unterstellt werden. Besonders rüchstlos Behandlung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber ist in Pommern zu beobachten. — Landwirtschaftsminister Dr. Wendhoff: Ein gewisser Aufstieg in der landwirtschaftlichen Produktion ist schon jetzt zu erkennen. Das beweist die letzte Viehzählung. Das Landwirtschaftsministerium wird vor allem für die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Dingen eintreten. Doch ist durch den Eisenbahnerstreik eine erhebliche Gefahr für die Düngerbefruchtung entstanden, weswegen auch der Reichsverkehrsminister am 21. Februar anordnete, daß Düngemitteltransporte bevorzugt werden sollten. Nach meiner Ansicht müssen auch beim Brotgetreide die

letzten Reste der Zwangswirtschaft fallen.

Nur so ist eine Vermehrung der Anbaufläche und Erhöhung der Erzeugung möglich. Die landwirtschaftliche Siedlung ist von allergrößter sozialer Bedeutung. — Abg. Paeff (Soz.) bepricht die Siedlungsfragen und verlangt eine bessere Kontrolle der schlecht bewirtschafteten Güter. — Abg. Klausner (L. Soz.) wendet sich gegen die Verschöpfung großer Güter. — Nächste Sitzung: Dienstag.

Es ist höchste Zeit!

Der Monat März steht vor der Tür. Hast du schon deine Pflicht erfüllt und einen neuen Leser für den „Vorwärts“ gewonnen? Wenn nicht, dann denke jetzt daran, daß es die allerhöchste Zeit ist.

Der „Vorwärts“ ist das Organ der Sozialdemokratischen Partei. Er führt den Kampf für das arbeitende Volk in Stadt und Land im Sinne des Parteiprogramms, im Geiste des republikanischen Gedankens und für den Sozialismus als eine höhere Kulturform.

Wer diesen Kampf mit uns führen will, muß uns helfen, neue Leser zum alten Stamm zu gewinnen. Darum: Noch heute ist es notwendig, die bisher aufgeschobene Werbearbeit zu leisten für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal (etw. ins Haus für 20 M. pro Monat März.

Name _____
Wohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Quergeb. — Seitenst. — Dr. links — rechts
bei _____

Reklamefrühling in Berlin.

Die neue Straßenreklame. — Kulturbarometer auf der Straße.

Es ist Reklamefrühling in Berlin. Fast über Nacht, möchte man sagen, hat sich das Straßenplakat unserer Verkehrsadern bemächtigt. Und nun schreit es uns ein, wo wir gehen und stehen. Nun hämmert es uns mit jener Eindringlichkeit, die nur durch fortgesetzte sinnlose Wiederholung zu erreichen ist, Wörter, Namen, Zeichen in den Sinn. Wir merken's selbst kaum und unterliegen doch allmählich dieser Hypnotisier-Reklame. Auf den Straßenbahnen, die noch vor drei Jahren so nüchtern und zweckmäßig aussahen, verdrängt das riesige Plakatbild jeden anderen Eindruck; an den Ecken der Plattform, an den Fensterscheiben, an der Decke im Innern — Reklame und wieder Reklame. Und fliehet du hinaus aus der Straßen bedrückender Enge und wanderst zu im Sommer die Havel entlang oder die Oberspree — auch die Fähreboote und Sternendampfer schreien dir mit riesigen gelben Plakaten die „beste“ Zigarettenmarke ins Ohr.

Reklamehunger als Rettungsanker.

Die Großbetriebe schwimmen im Gelde, sie können sich jegliche, noch so teure, amerikanische Reklame leisten. Wer sollte sich da noch darüber wundern, daß Staat und Stadt, die dafür in um so größeren Schulden schwimmen, auch nach diesem Strohholms zur Rettung vor dem Ertrinken greifen und aus dem Reklamehunger des Kapitals selbst Kapital zu schlagen versuchen. Die Post singt damit an und opfert das schlichte Blau ihrer Briefkästen. Du kannst keinen Brief mehr loswerden, ohne dich daran erinnern zu lassen, bei wem es die billigsten Füllfederhalter gibt. Und nun ist die Stadt Berlin gefolgt und hat ihre Laternenpfeile, Straßenbahnmasten und Straßenschilder dem Moloch Reklame zum Opfer gebracht. Und was im Herbst durch den Beschluß der städtischen Körperschaften in den Saalbahnen unseres Reklamewesens gesamt wurde, das beginnt nun lustig zu sprechen: weiß und gelb und rot, geschmackvolle Reklameblüten und grünlisches Plakatunkraut in buntem Durcheinander. Es ist Reklamefrühling in Berlin! Und mit der Veränderung oder Verschönerung des Straßenschildes — Pessimisten behaupten, daß da überhaupt nichts mehr zu verschönern wäre — werden dann hoffentlich auch die Millionen für den Stadtsäckel heranwachsend, die aus der Reklameplantage geerntet werden sollen. 7 1/2 Millionen werden ja allein die Anhängel an den Straßenmasten einbringen. Die harmloseste Blüte in dieser Frühlingspracht ist noch die „Hafstraag“-Säule. Auf dem Potsdamer Platz schob sie plötzlich aus der Erde und griff dann nach Unkrautmanier gleich auf die angrenzenden Straßen über. Wie lange noch — und das letzte der guten alten, ja schon sich abtragen wehrenden Schilder an den Haltestellen der Elektrischen ist aus dem Berliner Stadtbild verschwunden. Hafstraag heißt die Parole. Der Mensch der neuen Zeit will Rätsel raten. Und wird dann um so entzückter sein, wenn er dann an dieser magischen Säule — nichts leuchtet sie ja sogar — Fahrplan und Linienführung „leiner“ Bahnen entdeckt. Er hat ja so viel Zeit, Zeit wie Heu, um an der haltestellten Verkehrsstudien zu treiben. Herr Dr. Adler kennt seine Leute, die beim des Wartens und der Wellenpropitien Bahnen soll ihnen verführt werden.

Barbarisch oder kultiviert?

Hier aber sieht's an den Masten der Straßenschilder und Bogenschildern aus. Auch sie spüren den Reklamefrühling in ihren alten Gliedern und beginnen lustig auszuschlagen. Die Träger der elektrischen Lampen haben über Nacht Ohren gekriegt, gelbe Ohren, gleich vier an der Zahl. Den Straßenschilderposten am Dönhofsplatz sind vierfache Anhängelschilder gewachsen, grünlisch rot geformt und noch röcher bemalt — rechts, echtes Unkraut ohne jeden künstlerischen Gehalt. Und die Füllfederhalter der nächsten Straßen, die als letztes Glied der Schilderkette baumelt, wird in all ihrer unerschütterlichen Kümmerlichkeit niemand mit dieser Reklamebarbarei verschonen. Sing's wirklich nicht anders, nicht geschmackvoller? O ja, es ging nicht nur, sondern es geht sogar. Man schendere nur einmal über den Köhlschen Fischmarkt, wo die hübschen eisblattförmigen Gebilde oben auf die Straßenschilder gemahlen sind und wo man keine helle Freude an der architektonischen Kunst des Reklamefrühlings haben kann. Warum nicht überall so? Soll auch hier Kunst- und Geschmacklosigkeit je nach dem Stadtviertel verteilt werden?

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidtschonn.

„Wir wollen schlafen,“ sagte er wieder. „Ja schlafen.“ — Sie horchte: ja, er schlief, er atmete tief und unruhig. Sie tat die Augen zu, um auch zu schlafen. Allmählich wurde das Schlagen ihres Herzens stiller, aber ihre Augen wollten nicht zuhören. Sie hielt sich die Lider mit den Fingern fest und begann so zu schlummern. Noch einmal nur regte sie sich — sie hatte ihr Abendgebet vergessen. Sie faltete die Hände und betete. Dann senkte es sich über ihr Bewußtsein. Sie sah sich und die Eltern und Hein um den Mittagstisch sitzen, in der hellen, grünen Laube, und Hein war ihr Verlobter. Und dann schlief sie ein. Mitten in der Nacht machte er die Augen auf. Aber er tat sie gleich wieder zu. Er wollte nicht wach sein, er wollte nicht denken, er wollte schlafen. Er legte den Kopf von einer Seite zur anderen. Alles schmerzte ihn, über seinen Augen lag ein dumpfer Druck. Er rieb mit der Hand über die Stirn, seine Pulse an den Handgelenken klopfte schnell, und mit jedem Klopfen stand es ihn in den Schläfen. Jetzt sprang ein heftiger Schmerz in seinem Hinterkopf auf, und als er mit der flachen Hand über sein Haar fuhr, kam es ihm vor, als sei es hart und spröde und stehe aufrecht. Es rieselte ihm kalt über die ganze Kopfhaut. Endlich tat er die Augen auf. Alles war schwarz um ihn, auch der Himmel war nicht zu sehen, kein Stern flimmerte durch die Blätter. Er schaute und drehte sich um. Es war so finster, daß er Grete kaum sah. Er tastete nach ihr. Er wollte etwas Lebendes fühlen, er wollte nicht allein sein. Ihr Kopf lag in ihren Händen gebettet. Er beugte sich über ihr Gesicht und suchte hineinzu sehen und horchte auf ihren Atem. Wie sonderbar ihn das anrührte, daß sie schlief und er noch wach war! Seine Augen gingen an, sich an das Dunkel zu gewöhnen, und er unterscheid schon die Linien ihres Gesichtes. Sie senkte und wimmerte im Traum, wie ein junger Hund an der Kette wimmert, und es drängte ihn zu ihr. Er strich ihr gut und

Die zusammengedrückte Kunst.

Es wird dünn in Berlin. Wir werden uns daran gewöhnen. Gewöhnen müssen. Und allmählich wird man gedankenlos daran vorbeistehen — und nur ein Wort, ein besonders einprägsames Wort wird hängen bleiben und mit hypnotischer, suggestiver Kraft seine Wirkung tun: der Reklamemeister hat seinen Zweck erreicht. Und der Nachdenkliche wird erkennen, daß auch die Reklame eine Kunst ist, die von den Hunderten, die die neuen Schilder bemalt haben, nur einer oder vielleicht zwei verstanden haben. Der Nachdenkliche wird aber auch merken, daß die Straßenreklame ein Kulturbarometer ist. Hast du, lieber Leser, daraufhin schon einmal unsere Eisfachläden betrachtet? Hast du einmal zusammengeseht, wie oft heute an einer Eisfachläde das Wort „Tanz“ steht? Tanzunterricht, Langturse, Tanze, Tanz für die reifere Jugend, Radtanz usw. usw.? Hast du schon beobachtet, wie schau sich in diesen Tagen die Kunst, Konzerte und Theater, zwischen Tanz und Zigaretten auf der Anschlagläde zusammengedrückt? Wir wissen kaum noch, wie's früher war. Wir erinnern uns kaum noch, daß die „1000-M.-Belohnung“ früher eine große Karikatur an der Eisfachläde war, um die sich in grüneliger Reue die Straßenposten scharten. Ja, die Eisfachläde kann weinen — und sie hat Grund dazu.

Und heute? Da hängen sie gleich zwei-, dreifach neben- und untereinander: Raubmord, Einbruch, Diebstahl. Zeichen der Zeit! Kultur und Sittlichkeit nach dem „Stahlbad“ der Nation! Auch die Straße redet — man muß ihre Sprache nur verstehen. Und der Reklamefrühling in Groß-Berlin, der nun anbricht, wird uns erzählen, daß das Geld auf der Straße liegt und daß das Kapital es aufliest — vom Fahrdamm wie vom Bürgersteig, aus dem Staub des Wertpapiers wie aus dem Dreck der Gasse. Es ist Reklamefrühling in Berlin. . .

Die Krummbeinigen.

Diesmal handelt es sich wirklich um eine ganz besondere Schau der Krummbeinigen und nicht um die alltägliche, die von den menschlichen Behewesen veranstaltet wird, wenn sie, trotz ihres Schönheitsfehlers, der kurzen Rodmode huldigen. Nein, diesmal kamen Krummbeiner in Betracht, die man allgemein ob ihrer oder trotz ihrer krummen Beine schon findet. Die märkliche Landesgruppe der Deutschen Teckelclubs hielt nämlich eine Teckel-Sonderausstellung ab. Folglich hatte diese Hundrasse sich in vielen Exemplaren in der Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee, eingefunden.

Währendes Geflöß, Gebeul und Geturr empfing den Eindringling. Jeder Stand barg einen Teckel. In den oberen Räumen waren die Richterringe. Die Säle sind ursprünglich für festliche Veranstaltungen hergerichtet, aber inmitten der Alpenlandschaft und auf den Parterreebenen gingen nunmehr die hundlichen Krummbeiner spazieren. Und es wurde viel gemischt und auch Sand gestreut, wenn ihnen mal etwas Menschliches passiert war. Teckel aller Farben traten an. Man sah gelbe oder braune, rote, schwarze, schwarzrote, glatte, langhaarige, rauhaarige usw. Auch gefleckt, doch ist das Auge gar nicht an sie gewöhnt, der Vaiz konstatiert gewöhnlich: „Der Räter hat die Räude.“ Unter den zur Schau gestellten sah man stramme Hunde, die sich ihres Wertes und ihrer Würde vollst ausbewußt waren. Doch gab es auch Verbugte, denen die Ohren ganz besonders schlapp hingen, und Schichterne aus der Jugendklasse, deren die Krummensackten tief im Gesicht standen und deren Augen Ausdruck so hilflos war, als seien sie ein Menschlein, der seine Steuererklärung beim zuständigen Finanzamt abgeben muß. Für gewöhnlich ist der Teckel harmlos, durch Bisfigkeit zeichnet er sich gerade nicht aus. In der Ausstellung waren einige Imergiedel auffallend und ein paar Hundemamas. Die kamen mit Fürsorge und Liebe ihren Mutterpflichten nach. Die Ehrerpreise waren fast alle irgendwie mit der Berechnung des Teckels in Verbindung gebracht. Für den besten Rüden gab es einen Teckel aus Bronze, sonst sah man noch Teckelfiguren auf Aichenbehern, Briefbeschwerern und sogar auf einem

Lampenschirm. Auch war unter den Ehrenpreisen ein Revolver. Die Gewehrfabrik, die ihn stiftete, dachte wohl vornehmlich an die Teckel züchtenden Förster. Diese bilden die Krummbeine für die Jagd aus, wo sie vorzügliches leisten, während die Teckel in der Stadt nur als Zier- und Wachhunde in Betracht kommen.

Während man dem Teckel nachsagt, daß er nie ganz gehorsam ist, muß der deutsche Schäferhund unbedingt fest im Gehorsam sein. Sonst taugt er nichts. Der deutsche Schäferhund ist zurzeit der Modehund, und wieviel Anhänger er hat, sah man erst am Sonntag wieder auf dem Platz der Bessing-Schule in Neukölln. Dort veranstaltete der Deutsche Schäferhund-Verband, Landesgruppe der Mark Brandenburg, eine geschlossene Vorführung. Man sah nicht nur schöne Übungen, sondern auch beachtenswerte Leistungen, und es wurde vor allen Dingen auch gezeigt, wie die Dressur zu erlangen hat. Als die Mannarbeit an der Reihe war und der „Verbrecher“ im Beihmotel erschien, brüllten und jitzierten fast sämtliche Hunde vor Aufregung und Eifer. Die Hunde dürfen sich bekanntlich, wenn sie auf der Verbrecherjagd sind, nicht durch die schwerste Peitsche abschlagen und auch durch Schüsse sich nicht verschrecken lassen. Als nun bei der Vorführung die dazugehörigen Schüsse fielen (der Revolver funktionierte freilich nur ausnahmsweise mal), waren die Hunde, die mit ihren Besitzern im Zuschauerraum weilten, kaum mehr zu halten; sie wollten einfach die menschlichen Zuschauer verdrängen und selber die ersten Plätze am Zaun einnehmen.

Zur Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse.

Wachtmeister Ziebler in vollem Umfange gefänglich. Der verhaftete Wachtmeister Ziebler wurde gestern vom Kriminalkommissar Dr. Grünberg, der, wie wir mitteilten, den Flüchtigen in Leipzig festgenommen hat, mit seinen Beamten nach Berlin gebracht, wo er nachmittags nach seiner Ankunft einem Verhör unterzogen wurde. Ziebler ist in vollem Umfange gefänglich. Im Laufe der beiden Monate hat er etwa 200 000 M. ausgegeben. Da er ständig unterwegs war, in Hotels und Pensionaten wohnen mußte, und auch fortwährend sich neue Kleidungsstücke zulegen mußte, rann ihm das Geld geradezu unter den Händen fort. Um sich unkenntlich zu machen, trug er nicht nur ständig andere Kleidungsstücke, sondern auch, obwohl er gut sehen kann, bald einen Kneifer, bald eine Ridel- oder Hornbrille. Die Haare ließ er sich kurzschneiden und zuletzt auch den Schnurrbart abnehmen. Ueberall legte er sich andere Namen bei. So hat er sich u. a. Kardus, Jasinus usw. genannt. Bei seinen Nachforschungen nach dem Gesuchten hatte der Kommissar erfahren, daß er sich zuletzt wieder in Leipzig aufhielt. Dort war ihm seine Deckadresse bekannt. An diese telegraphierte er und vereinbarte eine Zusammenkunft auf der Post. Als Ziebler dort erschien, wurde er festgenommen.

Die Folgen einer Verwechslung. Ein äußerst fataler Justizirrtum.

Ein interessanter Rechtsfall, der allzu deutlich die noch immer bestehenden Mängel des Vorverfahrens in Strafsachen kennzeichnet, beschäftigte das Amtsgericht Berlin-Weidung. Der Fall betrifft einen unbestraften und sich des besten Ansehens erfreuenden Kaufmann, der sich wegen Diebstahls verantworten mußte, während der wirkliche Täter — und das ist das Interessanteste — längere wegen derselben Tat zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt ist. Wegen Diebstahls an einem Motorenboot Dela war der Automobilhändler Reinhold Voigt angeklagt. Diese Anklage hat folgende eigenartige Vorgeschichte:

Ein Kaufmann A. Preis war Besitzer des erwähnten Motorbootes, welches auf einer Bootswerft in Stralau auf Winterlager stand. Von der Werft war an Herrn A. Preis ein schriftliches Ersuchen gerichtet worden, das Lagergeld zu bezahlen. Versehenmäßig gelangte dieser Brief in die Hände eines Mannes, der auch A. Preis hieß. Dieser erschien auf der Werft, bezahlte das Lagergeld und ließ das Boot abschleppen. Als einige Tage darauf der richtige A. Preis auf der Werft erschien, stellte es sich zum allgemeinen Erstaunen heraus, daß ein falscher Preis in Tätigkeit getreten war. Die polizeilichen Ermittlungen führten dazu, daß das gestohlene Boot bei dem jetzigen Angeklagten beschlagnahmt wurde. Diese Tatsache genügte der Anwaltschaft, um gegen den völlig ungeschulten A. Anklage wegen Diebstahls zu erheben. In der ersten Verhandlung stellte Rechtsanwalt Dr. Freg unter Beweis, daß der wirkliche Dieb A. Preis in z wischen wegen dieses Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt

liebtevoll mit der Hand über die Wange, die glühend und weich wie der Sammet auf seinem Sofa war.

Er zog ihr Haar langsam durch seine Hände, und es lockte ihn, es ihr rund ums Gesicht und auseinandergebreitet über die Brust zu legen. Er nahm ihre Hände und legte ihre Finger zusammen, er brückte auf ihre Arme und streckte sie, bis sie lang auf dem Rücken datag, etwas nach unten gebogen, nur vor den Werten gehalten, mit gefalteten Händen, in ihrer Reinheit, in ihrem Schloße wie eine Heilige.

Das ganze Weh ihrer Lage kam über ihn. Er versteckte seine Stirn an die ihre, um nicht denken und denken zu müssen. Aber er mußte sitzen und denken.

Wieder kam es über ihn, daß er sterben sollte in seiner Jugend, in seiner Kraft, in seinem Leben voller Freude und Hoffnungen. Und nicht zur Klage — zum Trost und Nichtduldenwollen wurde dieses Gefühl bei ihm.

Und plötzlich war der Gedanke an das Weib da, vor dem er sich lange gefürchtet hatte. Hätte er ein anderes Mädchen da neben sich auf den Werten liegen, wahrhaftig! er würde die Liebe bei ihr suchen — hätte er doch ein anderes da liegen! Sein Atem ging schneller. Er legte sich anders.

Wie vom Bliz erhellt, standen die klugen, blauen Augen seiner Mutter vor ihm. Aber der Gedanke, daß er sterben mußte, hatte kein erschöpftes Gehirn wie im Traum erfährt. Er tastete nach ihren Augen, um zu sehen, ob sie schlief.

Da plötzlich fühlte er ihre Arme an den seinen zittern, und da lief ein Schauer über das ganze Mädchen, von dem Nacken abwärts bis in die Füße, so stark, daß er selber ihn fühlte, und da schlug sie beide Hände vors Gesicht.

Er beugte sich zu ihr und wollte ihre Hände wegziehen und in ihr Gesicht legen. Sie wehrte ihm nicht, sie regte sich nicht. Aber er fühlte, wie eine Träne zwischen ihren Fingern hervortrat. Er wachte sie mit seinem zitternden Finger weg, er zog ihr die Hände auseinander und küßte ihr die nassen Augen, die geschlossen waren. Er küßte ihre Lippen, die zuckten. Sie nahmen seinen Kuß willenlos, aber sie gaben ihn nicht wieder.

„Du bist so schön,“ hauchte er ihr ins Gesicht. Wie zum Schutze kreuzte sie die Arme über sich. Große Tränen kamen, eine nach der anderen, aus ihren geschlossenen Lidern. Er küßte sie weg und wieder weg, er nahm sanft ihre Arme fort und zog ihren ganzen Leib an den seinen.

„Weine doch nicht,“ flüsterte er, „ich tu dir keine Sünde. Ich will dich ja doch nur küssen, deinen Mund küssen, weil du so schön bist. Es ist ja nur ein Spiel. Siehst du, morgen sind wir müd und können den Rücken nicht mehr von den Werten heben, und wieder morgen sind wir tot, sind wir beide tot.“

Aber da kam plötzlich Leben in sie. Wie ein Aal wand sie sich in seiner Umarmung und drängte von ihm weg. Sie stieß ihn mit beiden Händen ins Gesicht und wehrte seinen Kopf von sich ab.

Er nahm ihre ausgestreckten Arme, beugte sie in den Ellenbogen und bog sie auseinander, und zwischen ihnen senkte er seinen Kopf hindurch und suchte ihre Lippen.

Sie machte sich los mit aller ihrer Kraft, hob sich auf die Knie, griff in die Zweige über sich und stand oben, über ihm. Er lag und regte sich nicht, hörte, wie sie sich leise setzte, und wagte nicht, den Kopf zu heben und zu ihr hinauszusehen. Das Herz schlug ihm so laut, daß er das Fleisch seiner Arme darüber legte. Er stellte sich schlafend, er zwang sich zu steinerne Unbeweglichkeit — dabei horchte er mit tausend Ohren auf das junge Mädchen über ihm. —

Eine Stunde verging. Oft dachte er, jetzt ist der Schlaf über sie gekommen, und hielt den Atem an, aber gleich hörte er, wie sie sich anders setzte. Da! da, da! Was war das?

Ihm stand der Atem, er hob den Kopf — ein Wimmern und Wuseln drang durch die Blätterwand zu ihm. Es schien nicht nahe zu sein, und doch hörte er es deutlich über das weite, schwarze Wasser herkommen. Ein Mensch trieb da einsam und ohne Hilfe auf der Flut — und da! ein Schreien, wie wenn einer aus dem Schlaf erwacht und den Rörder vor seinem Gesicht sieht, entsezt und lebend, ein Heulen voll Wut und Verzweiflung, voll haarsträubender Todesangst, die Stimme eines Mannes, die aber hoch wie eine Frauenstimme gellte.

Hein fühlte, wie sein Herz zu schlagen aufhörte. Er küßte Gretes Füße auf seinen Leib treten, sie ließ sich entsezt und zitternd zu ihm herabsinken. Er tat seine Arme auf und zog sie hinein. Eins froh in das andere, um sich zu bergen.

Eine Minute dauerte das gellende Schreien, das ihnen das Blut erstarren machte und Arme und Beine lähmte. Er hatte die Lippen geöffnet und wollte rufen, aber kein Ton kam darüber. Jetzt hörten sie einen Strudel schluden und schlingen, aufzischen und brausen, und mit einem Male war es still.

(Fortsetzung folgt.)

Sel und daß der Angeklagte auf ganz legalem Wege durch ein Insekt in einer tiefen Wirtszugung in den Besitz des Bootes gekommen sei. Die Verhandlung wurde seinerzeit vertagt und in dem gestrigen Termin ergab sich die Richtigkeit dieser Angaben.

Der Amtsanwalt beantragte daraufhin selbst die Freisprechung. Das Gericht entsproch diesem Antrage und sprach den Angeklagten nicht nur auf Kosten der Staatskasse frei, sondern legte auch gemäß einem Antrage seines Verteidigers die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen und die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf mit der Begründung, daß, wenn im Vorverfahren die Zeugen vernommen und die Akten herangezogen worden wären, überhaupt keine Anklage hätte erhoben werden können.

Ueberraschungen für Holzkäufer.

Die sprunghafte Steigerung der Preise von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfgegenständen erzeugt immer wieder das Staunen und den Grimm des wechselliebenden Verbrauchers. Eine Preissteigerung, die an überraschender Pflöcklichkeit und weitgreifender Ausdehnung nichts zu wünschen übrig läßt, wird uns aus dem Brennstoffhandel mitgeteilt. Für Holz, das am 4. Februar zum Preis von 235 M. pro Raummeter bestellt worden war, mußten bei der am 15. Februar erfolgten Lieferung plötzlich 392 M. pro Raummeter bezahlt werden. Dem Käufer war bei der Bestellung nichts von einem etwaigen Preisaufschlag gesagt worden, aber hinterher wurde auf seine Beschwerde ihm erklärt, daß Holzpreise sich freibleibend verhalten und daß die inzwischen nötig gewordene Preissteigerung bis 1. Februar zurückdatiert werden sei. Der Holzkäufer erlebte diese Überraschung nicht etwa beim ersten kleinen Händler, sondern bei einer großen Firma.

Allen, die sich bei Einkäufen, und zwar nicht nur bei Holzeinkäufen, sondern auch bei Lebensmitteln überbieten glauben, empfehlen wir Anzeigen bei der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums, Berlin O 27, Magazinstr. 3-5.

Die Zugudichte im Kohlenkeller.

Die Geheimnisse einer Nachtbar mit Schleberpreisen wurden in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III ausgestellt. Ein Schlosser Kandack hatte vom Wohnungsamt einen in der Eisenacher Straße gelegenen ehemaligen Kohlenkeller als Wohnung und Werkstatt zugewiesen erhalten. Bald darauf vermietete er einige Räume des Kellers an eine Frau Anna Schröder, welche darin einen Mittagstisch eröffnen wollte. Es zeigte sich aber schon nach einigen Tagen, daß aus dem Mittagstisch ein sittenwidriges geworden war, denn in dem ehemaligen Kohlenkeller verbreitete sich baldschleibende Dampfschirme ein gewisses Dämmerlicht, und auf den angenehmen gepolsterten Fauteuils räumten sich die Herren Schleber mit ihren Dämchen bei einer Puffe Sekt für 350 M. Als eines Nachts ein Kriminalbeamter in diese Kohlenkellerkammer hineinkam, erklärte ihm eine als Ankleiderweibchen dort tätige dunkelhaarige Frau, daß es hier nur Sekt gebe. Da der Beamte es nicht vorantworten konnte, auf Staatskosten Sekt für 350 M. zu bestellen, erbat er sich einen Kognak, der „Blech“ 50 M. kostete und den ihm die Frau zum Kauf auch noch ausbrant. — Wegen Kandack und der Schröder wurden Strafbefehle über je 8000 M. erlassen, welche jedoch jetzt auf 2000 bzw. 1500 M. Geldstrafe ermäßigt wurden.

Knochenbrecher's Ende und die Rache seiner Freunde.

Der eigenartige Fall, daß ein schwaches Verfahren wegen Totschlags nicht beschleunigt werden kann, weil die Entlastungszeugen aus Furcht vor der Rache der Freunde des Getöteten nicht auszusagen wagen und zum Teil sogar plötzlich unzufindbar werden, beschäftigt augenblicklich den Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I.

Wie seinerzeit mitgeteilt, war anlässlich eines von dem schon vielfach genannten „Aub Roland“ veranstalteten Balkes in den Germania-Sälen ein der Polizei seit langem bekannter Dager, und Ringkämpfer Paul Döring, genannt „Der Knochenbrecher“, durch einen Schuß, den der Restaurateur Frih Meier abgegeben hatte, getötet worden. Meier behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben, da der Knochenbrecher Döring als äußerst gewalttätiger Mensch bekannt war. Die Freunde des Toten hatten seinerzeit auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt. Da außerdem bekanntgeworden war, daß die Entlastungszeugen schweren Todesdrohungen ausgesetzt waren, erschwerte sich der Gang der Ermittlungen außerordentlich. Aus Furcht vor der Rache der Freunde des D. wählten einige Zeugen überhaupt nicht auszusagen, andere hielten mit den Aussagen sehr zurück. Das geht sogar soweit, daß eine von Rechtsanwalt Dr. Puppe ermittelte sehr wichtige Entlastungszeugen, obwohl sie ordnungsmäßig polizeilich gemeldet ist, sich verborgen hält, so daß ihr die Ladung nicht zugestellt werden kann. Der Betreffende will nunmehr den Versuch machen zu erreichen, daß den Zeugen ein besonderer persönlicher Schutz zugesichert wird.

Altersheim und städtischer Grundstücksverkauf.

Die Charlottenburger Verfallsverhältnisse haben beschaffen, daß der Rankenborffschen Stiftung gehörende, große und schöne Villengrundstück Anseledstr. 62 und Liegnitzer Str. 9/10 an den megländischen Staat und dessen Gesandten Dr. Alfredo Castarelli für sechs Millionen Mark zu verkaufen, und die Stadtverordneten sollen dem Verkauf jetzt zustimmen. Die der früheren Stadt Charlottenburg zugefallene Antonie- und Hugo-Rankendorff-Stiftung legt der Stadt die Verpflichtung ob, ein Altersheim zu errichten; zu diesem Zweck sind bereits Grundstücke der Stiftung verkauft worden. Die gewaltige Forderung der Baukosten zwingt dazu, auch den letzten und besten Grundbesitz der Stiftung zu verkaufen. Zu der großen und künstlerisch wertvollen Villa auf dem Grundstück sind gegenwärtig städtische Bureaus untergebracht. Durch den beschleunigten Bau des Altersheims wird auch der Wohnungsnot in Charlottenburg begegnet.

Umsteigeverkehr zwischen Straßenbahn und Hochbahn.

Eine weitestgehende Verkehrsverbesserung tritt bekanntlich mit dem 1. März in Kraft. Von diesem Tage ab werden von der Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn Umsteigefahrer zu 3,50 M. ausbezogen, die zu je einer beliebigen ununterbrochenen Fahrt auf der Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn in der 3. Wagenklasse oder umgekehrt berechtigen. Die zweite Fahrt muß, wie bisher schon allgemein auf Umsteigefahrern, innerhalb zwei Stunden nach der Lösung des Fahrcheins gekennzeichnet werden. Die Fahrgäste werden im Interesse einer schnelleren Abfertigung ersucht, Hochbahn-Umsteigefahrer bei den Straßenbahnkassafahrern auszudrücken als solche zu fordern, da für den alleinigen Straßenbahnverkehr die bisherigen Umsteigefahrer auch weiterhin ausgegeben werden.

Die Umwandlung des städtischen Ankaufsamtes in eine G. m. b. H.

Die Umwandlung des städtischen Ankaufsamtes in eine G. m. b. H. beschäftigte am Montagabend einen Stadtvorordneten Ausschuss, der nach längerer Beratung die vom Magistrat vorgelegten Gesungen und den Gesellschaftsvertrag mit einigen Änderungen annahm. Der Magistrat war durch den Stadtrat Gen. Köhl vertreten. Die Stadtvorordnetenversammlung wird sich nun abermals mit dieser Umwandlung in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen müssen, da diese schon am 1. April vollzogen werden soll.

52. Brandenburgischer Provinziallandtag.

52,9 Millionen Forderungen an Groß-Berlin.

Am Landeshause der Provinz Brandenburg trat gestern (Montag) der Brandenburgische Provinziallandtag zu seiner 52. Tagung zusammen. Oberpräsident Dr. Rater eröffnete den Landtag mit einer Ansprache. Nachdem er darin zunächst Oberstleutnant gebüht hatte, ging er auf die zur Verhandlung stehende Materie ein.

Unter den Vorträgen steht an erster Stelle der Haushaltsplan. Seit dem Tode des Ausschleiders der früher zur Provinz Brandenburg gehörige Weisheitslehre aus dem Provinzialverbande ist die Finanzgebarung der Provinz zum erheblichen Teil aufgebaut auf im Streit befindliche Forderungen aus der Auseinandersetzung gegen die Stadt Berlin. Der vorjährige Haushaltsplan hat als voraussichtliche Einnahme aus den Leistungen der Stadt Berlin einen Betrag von 45,5 Millionen eingestellt, d. h. rund 61 Proz. des gesamten, nach Abzug aller nicht steuerlichen Einnahmen verbliebenen eintägigen Fehlbetrages von 74,6 Millionen. In dem vorgelegten Haushaltsplan für 1922 beträgt die Auseinandersetzungsforderung 52,9 Millionen. Wenn erwogen wird, daß ferner noch ein Betrag aus dem Halbjahr Oktober-April 1921 als streitige Forderung offensteht, und ferner, daß der Nachtragsehrtrag für 1921 gleichfalls durch Einstellung einer Auseinandersetzungsforderung in Höhe von 61 Prozent zum Ausgleich gebracht wird, dann wird es deutlich, auf wie große streitige Forderungen der Finanzplan der Provinz Brandenburg die Haushaltsführung aufbaut. Von den Einzelvorlagen hob der Oberpräsident den Bau einer neuen Oberbrücke bei Tichowitz hervor, die Neugestaltung der Vorarbeiten für den Landesmeliorationsfonds, um das ständige Interesse der Landwirtschaft an der Ausführung von Bodenverbesserungen zu beleben, sowie den Ausbau der Wasserkräfte der Provinz zur besseren Elektrizitätsversorgung. Sodann erklärte Oberpräsident Dr. Rater den Landtag für eröffnet. (Beifall.)

Zum Präsidenten wurde durch Zettelwahl der vorjährige Vorsitzende, Genosse Stadtrat Hähnchen (Suben), mit 46 Stimmen wiedergewählt, während auf den Kandidaten der bürgerlichen Fraktion, der hiesigen Fraktion, Oberbürgermeister Dreier (Köln) 43 Stimmen entfielen. Auch der stellvertretende Vorsitzende wurde durch Zettel gewählt. Gewählt wurde Geheimrat Dreier mit 48 Stimmen; der Abg. Buhl (USV.) erhielt 37 Stimmen und wurde dann durch Zureuf zum dritten Vorsitzenden gewählt.

Die kommende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der ständige Ausschuss für die Erwerbslosenunterstützung hat beschlossen, dem Plenum der Berliner Stadtvorordnetenversammlung vorzuschlagen, die Unterstüßungsätze unter Abänderung des Berliner Statuts nochmals zu erhöhen, und zwar von 6,50 M. beginnend auf 7,50 M. und so fort bis auf 18,50 M. pro Tag statt jetzt 15 M.

Kaufüberfall in der Kolonie „Welcher Stern“. Vorgestern abend ereignete in dem Lokal des Schankwirts Paul Krause in der Laubkolonie „Welcher Stern“ in Neusslin zwei Männer und machten eine Sache von circa 20 M. Zur Bezahlung reichten sie ihm einen Fünflingmarkfchein. Als nun Krause die Ladentasse öffnete, um Befehle herauszunehmen, bemerkten die beiden Burken in der dem Krause befindliche Lampe, um den Wirt unschädlich zu machen und ihn zu berauben. Einen Pistole, die der Ueberfallene den Tätern entgegenhielt, wurde ihm entwendet. In diesem Augenblick sprang der große Hund des Krause einen der Männer an und es gelang ihm, das freie zu gewinnen. Er rief nach der Kaiser-Friedrichs-Brücke, von wo er den dort stehenden Posten zu Hilfe holte. Als der Beamte mit dem Wirt dort eintraf, fanden beide einen der Männer, den Arbeiter Kurt Schulz aus Kottenhof, im bewußtlosen Zustande und völlig blutüberströmt auf. Allem Anschein nach hatte ihn der Krause'sche Hund so überfallen. Der noch immer Besinnungslos wurde dem Revier-Krankenhaus zugeführt.

Von einer Elfen-Säule erschlagen. Gestern vormittag raste ein Automobil der Firma Bergmann — Nr. 1 A 15261 — gegen die vor dem Hause Frankfurter Allee 19 stehende Anlaufsäule, so daß sie umstürzte und den in diesem Augenblick vorbeigehenden neunjährigen Schüler Herbert Buhle unter sich begrub. Man befreite den Knaben aus seiner schrecklichen Situation und brachte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb.

Ein Betrüger treibt im Norden Berlins sein Unwesen. Er sucht Almosenempfängerinnen auf, läßt sich das Buch vorlegen, notiert das Altersjahr und erklärt, sie sollen sich bei einem Armenbarbeiter in der Ederstraße, welcher sein Onkel sei, Kohlen abholen. Bei dieser Gelegenheit hat er einer alten Witwe Portemonnaie mit 10 M. abgeholt. Es handelt sich um einen kleinen 19 bis 20jährigen Menschen mit grünem Schlapphut, dickem, wollenen Schal und von häuerischem Aussehen.

Der Bund für Mutterchutz gegen die Dienstentlassung außer-ehelicher Mütter. Verschiedene Vereinigungen weiblicher Beamten haben Entlassungen dahin gefordert, daß die außereheliche Mutter-schaft einer Beamtin ihre Entlassung aus dem Dienstverhältnis rechtfertige. Demgegenüber erklärt die in Berlin tagende Hauptversammlung des Deutschen Bundes für Mutterchutz: „Die Dienstentlassung von Beamtinnen lediglich aus dem Grunde der außerehelichen Mutter-schaft ist sozial und sittlich verwerflich und widerspricht der Verfassung des Deutschen Reiches.“ Der Deutsche Bund für Mutterchutz erwartet, daß den Wünschen der eingangs erwähnten Vereinigungen nicht entsprochen werden wird, daß vielmehr die zuständigen Dienststellen angewiesen werden, das Verhalten gegen weibliche Beamte nur von ihrer Befähigung und ihren Leistungen und dem von den für beide Geschlechter in gleicher Weise geltenden gesetzlichen Bestimmungen abhängig zu machen.

Sprechstunden bei der Geschäftsstelle der städtischen Schuldeputation. Die Sprechstunde in der Geschäftsstelle für die Verwaltung der Volks- und Mittelschulen, Kohlstroße 29/30, ist wegen der harten Belastung der Beamten an den Wochentagen auf die Zeit von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr beschränkt.

Mit der Reform des Rechenunterrichts beschäftigen sich die Entschieden Schulreformer am Dienstag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung im Bremer-Siemens-Recheninstitut, Dohrenkaufenstr. 47/48 (Untergrundbahnhof Victoria-Turm-Platz). Sprechstunde werden ausgestellt. Redner sind der Rechenlehrer Dr. W. Heller und der Schulreformer Franz Diller. Freie Einschreibung folgt. Näheres hat Zutritt.

Der Lebenskundeunterricht für die Jugendbewegung des Schützenvereins findet nicht mehr Sonnabendstr. 20 statt, sondern jeden Dienstag von 4-6 in der Gemeinde-schule Schützenstr. 7.

Der Luftverkehr Königsberg—Moskau. Die „Ökonomischeskaja Schin“ bringt neue Einzelheiten über den einzurichtenden Luftverkehr Königsberg—Moskau. Das neue Unternehmen, „Deutsch-Russische Luftverkehrs-Gesellschaft“ genannt, hat die Verpflichtung übernommen, zwischen Königsberg und Moskau Flugzeugverkehr zu lassen im Anschluß an den Reichsfernflug Berlin—Königsberg. Die Vorbereitungen zur Aufnahme des Flugverkehrs Königsberg—Moskau sind bereits im vollen Gange. Auf deutscher Seite nehmen an dem Unternehmen teil: Die AGG, die Hamburg-Amerika-Linie und die Zepplinggesellschaft. Die „Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft“ ist unter denselben Bedingungen gegründet worden wie die „Deutsch-Russische Transportgesellschaft“ in Hamburg, die ebenfalls von der Sowjetregierung und der Hamburg-Amerika-Linie gegründet wurde. Als spätester Termin für den Beginn der Flüge ist der 1. April festgesetzt.

Bombenattentat in Madrid. Von Syndikalisten wurde am Sonntag in Madrid ein Bombenanschlag verübt, bei dem eine Person ums Leben kam. Die Täter wurden verhaftet.

Wirtschaft

Gütertarife und Warenpreise.

Eine amtliche Mitteilung entkräftet die Behauptung, daß die Gütertarife stärker als die Warenpreise gestiegen seien, mit folgenden Zahlenangaben:

Die am 1. März 1922 eintretende weitere Erhöhung der Gütertarife um 20 Proz. wird eine durchschnittliche Steigerung der Friedensfracht von 100 M. auf 215 M., also um 115 Proz. ergeben. Diese Zahl stellt, da die im Laufe der Jahre eingetretene Erhöhungen in den verschiedenen Klassen sehr ungleich, und da die Kohlenfrachten stärker als die weiten befaßt worden sind, nur einen groben Durchschnitt dar, wie sich aus folgender Tabelle der Frachten für 300 km (in Pf. für 100 kg) ergibt:

	Erdgut	
	I	II
1. VIII. 1914	815	290
1. III. 1922	18 690	10 944
Steigerung um	4 243	4 100%

	Wagenladungen Klasse				
	A	B	C	D	E
1. VIII. 1914	192	147	117	78	78
1. III. 1922	7 008	5 088	3 816	2 804	1 764
Steigerung um	3 550	3 961	3 162	2 534	2 816%

Die Uebersicht zeigt, daß die Erhöhungen in den einzelnen Klassen zwischen 243 Proz. und 2816 Proz. schwanken.

In der Deutlichkeit wird häufig darauf hingewiesen, daß die Spannung zwischen der stärksten und der geringsten Erhöhung noch größer ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Aufhebung der Ausnahmetarife für eine große Zahl von Gütern nicht zu Frachten geführt hat, die höher sind, als sie sich nach den beseitigten Ausnahmetarifen (unter Annahme der gleichen Erhöhung) ergeben würden. Für einzelne der Hauptgüter ergibt sich folgende Uebersicht der Preise und Frachten:

Ware	Preis (Mark für eine Tonne)			Steigerung um Proz.
	1914	Februar 1922		
Steinkohle	12	465		8500
Siebereisereisen	74,5	3 871		4425
Baumwolle	1290	121 300		6908
Kartoffeln	40	2 200		5400
Roh	150	2 985		1800
Heu	67	1 900		2756
Robzucker	185	10 000		3505

Ware	Preis (Mark für eine Tonne)		Fracht für 300 km	Steigerung um Proz.		
	1914	Steigerung in Proz.				
Steinkohle	2,9	85	2 762	10,5	262	2 898
Siebereisereisen	3,4	102	2 900	9,8	314	3 104
Baumwolle	5,4	270	4 600	28,7	1 049	4 526
Kartoffeln	2,9	76	2 321	10,5	244	2 324
Roh	2,82	60,48	2 307	7,44	194,88	2 519
Heu	2,90	102	3 417	10,5	314	2 800
Robzucker	3,40	201	5 812	12,2	747	6 028

In nahen und weiten Entfernungen sind demnach die Steigerungen der Tarife für Steinkohlen, Siebereisereisen, Baumwolle, Kartoffeln niedriger als die entsprechenden Warenpreis-erhöhungen. Folgende sind die Tarifierhöhungen bei Roh-, Heu und Robzucker größer als die entsprechenden Warenpreis-erhöhungen. Doch auch hier ist, da alle Warenpreise noch im Steigen sind, die Gegenüberstellung nicht stichhaltig, zumal sie wahrscheinlich in kurzer Zeit durch weitere Preiserhöhungen überholt sein wird.

Es ist also unrichtig, wenn in der Agitation für die Privatisierung der Bahnen behauptet wird, die Eisenbahnen arbeiteten unwirtschaftlicher als die Industrie. Gerade die wichtigsten Industrieprodukte gehen mit den Erhöhungen ihrer Preise noch immer voran und zwingen so die Eisenbahnen, auch ihre Tarife heraufzusetzen.

Eine Interessengemeinschaft in der Tiefbaulndustrie. Zwischen der Internationalen Maschinen- und Tiefbohrgerätelefabrik A.-G. und der Firma Heinrich Lang, Mannheim, ist eine Interessengemeinschaft zustande gekommen. Demzufolge wird der alleinige Inhaber der Firma Lang, Herr Dipl.-Ing. Ernst Köhling, demnach in den Aufsichtsrat der Internationalen Maschinen- und Tiefbohrgerätelefabrik eintreten. Die Firma Lang besitzt zahlreiche Auslandsniederlassungen, insbesondere in den Erdölgebieten Rumaniens, Galiziens und Jugoslawiens, die auch der Internationalen Maschinen- und Tiefbohrgerätelefabrik A.-G. für ihre Zwecke zur Verfügung stehen werden.

227 Milliarden österreichische Noten. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank verzeichnete am 31. Januar 1922 einen Noten-Umlauf von 227 015 925 266 Kronen, 23,8 Milliarden mehr gegen den letzten Ausweis.

Zinsherabsetzung in Frankreich. Das französische Finanzministerium hat die Herabsetzung des Zinsfußes für die französischen Bonds der Nationalen Verteidigung um 1/2 Proz. mit. Man glaubt zu wissen, daß diese Maßnahme nicht bereinzelt bleiben wird und daß der Finanzminister die Kassegriffe entschlossen sein dürfte, für Frankreich den Zinsfuß allgemein herabzusetzen, wie das seit einiger Zeit in der ganzen Welt der Fall sei. Die von den Vereinigten Staaten ausgehende Wellenwelle habe auch England ergriffen, und sofort seien dort die festverzinslichen Papiere in die Höhe gegangen. Das gleiche werde vermutlich auch in Frankreich eintreten, was zu einer regeren industriellen und kommerziellen Tätigkeit führen würde. Das wäre aber nur erst eine der ersten Clappen der Entwicklung; es sei zu erwarten, daß der Rentenmarkt eröffnet werde und seine Freiheit wieder erlange.

Kommuniken für indirekte Steuern. Anlässlich fand in Moskau eine Finanzkonferenz statt. Das Mitglied des Kollegiums des Finanzkommissariats D. Schmidt hielt einen Vortrag über die im Jahre 1922 zu erwartenden Steuereinnahmen, dem wir nach der „Osteurop. Wirtschaftsztg.“ folgendes entnehmen: Von einer Einkommensteuer könne mangels eines geeigneten Apparats keine Rede sein. Eine Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern sei möglich. Das Hauptaugenmerk müsse nach Ansicht des Kollegiums des Finanzkommissariats gemäß dem von der kommunistischen Partei und den Sowjetkongressen gegebenen Direktiven auf die indirekten Steuern gerichtet werden. Die Gewerbesteuer werden weiter ausgebaut. Es sollen folgende Steuererträge erzielt werden: Gewerbesteuer 38 Millionen, Stempelsteuer 22 Millionen, Steuer auf Blumen und Gemüsegärten 3 Millionen, Luftverkehrs- und Luxussteuer 6 Millionen, andere Steuern 12 Millionen, zusammen 81 Millionen Goldrubel. Von den indirekten Steuern sind folgende zu erwähnen: Tabak- und Zigarettensteuern 28 Millionen, Steuer auf Zündhölzchen, Weine, Mineralwasser, Tee- und Kaffeeerzeugnisse 7 Millionen, Akise auf Salz 15 Millionen, Zuckersteuer 1 Million, Steuer auf Naphtol, Petroleum, Schmieröl 20 Millionen, sonstige kleine Steuern 7 Millionen, alles in Goldrubeln. Die größten Schwierigkeiten bereiten die lokalen Steuern, die einfach ein unlösbares Problem darstellen. Die lokalen Behörden sehen sich daher veranlaßt, in die Steuerhoheit der Zentralregierung einzugreifen und ihre Beschlüsse zu durchsetzen.

Die Chartistenbewegung.

Mit dem Wert Schlüters („Die Chartistenbewegung“). Ein Beitrag zur sozialpolitischen Geschichte Englands. Stuttgart J. H. W. Dieb Nachfolger G. m. b. H. 1922) haben wir endlich für die deutsche Literatur die ausführliche Darstellung der ersten Arbeiterbewegung unter der Herrschaft des modernen europäischen Kapitalismus. Das Buch wurde schon 1916 in New York veröffentlicht. Um es bei den deutschen Arbeitern einzuführen, hat unser Verlag Dieb die Auflage erworben.

Schlüter stellt sich wie ein Miterleber mitten in die Chartistenbewegung hinein und schildert sie gewissermaßen von innen heraus als teilnehmender Arbeiter, wenn auch mit dem kritischen Blick des Arbeitersozialisten. Das macht sein Werk leicht verständlich und lesbar. Schlüters Darstellung ist absolut schlicht, ungetünzelt und in ihrem Urteilen völlig auf die Fassungsgabe der Masse deutscher Arbeiter eingestellt. Und so hat er ganz recht gehabt, seine Schrift mitten ins Volk zu tragen, das nun erst mit einiger Verwunderung sehen wird, wie die Fragen des rein parlamentarischen demokratischen Kampfes, der Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Intellektuellen, des politischen Generalfreizeits, der Gewalttheorie und des Verhältnisses der gewerkschaftlichen und politischen Organisation schon vor einem Jahrhundert in der Chartistenbewegung durchgeprobt sind. Lauter Fragen, die heute wieder brennend wurden! Daraus entsteht dann die Frage für uns, ob nicht gerade die reichlich und gründlich schon vor 75 Jahren gemachten Erfahrungen die englische Arbeiterklasse zu jener Haltung im politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfe führte, die sie heute noch sehr scharf von derjenigen der festländischen Arbeiterklasse scheidet. Jedenfalls liegt die Erkenntnis sehr nahe, daß ohne genaue Einsicht in die Chartistenbewegung und in die Geschichte des blutigen Vorkrieges, welches die englischen Arbeiter dabei zu zahlen hatten, die heutige Haltung der englischen und amerikanischen Arbeitermassen gar nicht zu verstehen ist.

Parlamentarische Demokratie und gewalttätiger Kampf um die Macht, ebenso gewerkschaftlicher und politischer Kampf sind keine Gegensätze, sondern lediglich zwei Kraftäußerungen derselben gesellschaftlichen Entwicklung, die, von der englischen Chartistenbewegung angefangen, bis heute und noch auf längere Zeit hinaus durch den Kampf zwischen Kapital und Arbeit getrieben wird. Die Chartistenbewegung wechselte, ihrer Jugend im Zeitalter des Kapitalismus entsprechend, sehr häufig und unermüdet zwischen allen jenen Methoden. Dafür hat die englische Arbeiterklasse diese Methoden sehr frühzeitig und gründlich der ganzen Reihe nach ausprobiert. Ihre Vorliebe von heute für Entschuldigungen durch das geduldige Mittel der Wehrheitsdemokratie mag ebenso sehr durch ihre frühzeitigen Klassenkampfserfahrungen bestimmt sein, wie durch die einseitige Gunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen England auch nach dem Weltkrieg noch als kapitalistischer Herrscher auf dem Weltmarkt dasteht.

Mit drastischer Deutlichkeit lehrt das Schlütersche Werk die deutschen Arbeiter aber noch etwas anderes. Man hat oft das politische Verhalten der englischen Bourgeoisie von heute mit demjenigen der herrschenden Klassen in Deutschland bis zum Weltkrieg verglichen und den Schluß zugunsten der politischen Einsicht der englischen Bourgeoisie gezogen. Diese sei längst so klug geworden, auf gemäßigtere Methoden zur Bekämpfung der Arbeiterklasse zu verzichten, während die deutschen Obrigkeiten bis zum Weltkrieg noch mit Polizei, Gericht und Ausnahmezustand gegen den deutschen Sozialismus gewütet haben. Außerlich stimmt diese Nebeneinanderstellung, obgleich die erregten Drohungen, die Lord George seit dem Weltkrieg wieder gegen den Sozialismus geschleudert hat, eine Verschärfung der Lage in England und natürlich auch in Frankreich andeuten. Dennoch hinkt der Vergleich, weil er Deutschland und England aus zwei ganz verschiedenen Entwicklungsperioden gegenüberstellt. Um geschichtlich richtig zu verfahren, muß man das Deutschland von 1860 bis 1914 mit dem England von 1820 bis 1860 vergleichen. Um so viel früher haben England und um so viel später Deutschland ihre erste Blütezeit des modernen Kapitalismus durchgemacht. Und da ist es nun sehr wichtig, daß die deutschen Arbeiter aus Schlüters Werk lernen, wie England in seiner ersten kapitalistischen Entwicklungsperiode die organisierte Arbeiterbewegung, die gewerkschaftliche wie die politische, in Gestalt des Chartismus, ganz genau so barbarisch und mit den schroffsten Mitteln der polizeilichen und gerichtlichen Gewalt zu quälen, zu vermurden und zu läten versucht hat, wie die deutsch-preussische Unterregierung, als sie ein paar Jahrzehnte später vor dieselbe Frage gestellt war.

Im dritten Teil seines Buches, wo Schlüter alle Lebensäußerungen des Chartismus in Theorie und Praxis zusammenfassend darstellt, nachdem er die Geschichte der Bewegung bis zu ihrem ersten Zusammenbruch im Jahre 1848 geführt hat, beschäftigt er sich

mit den Verfolgungen vor Gericht und im Gefängnis, die die Chartisten auszuhalten hatten. Oft waren es liberale Regierungen, welche entsehrlich gegen die Arbeiterklasse wüteten. In dem ganzen Jahrzehnt von 1838 bis 1848 waren Polizei und Militär in England im ständigen Kampf gegen die Arbeiterklasse, und zwar genau mit denselben schäbigen Mitteln, wie später bei uns. Speziell in den Jahren 1839 und 1840 sahen nicht weniger als 443 politische Gefangene in den Gefängnissen Englands. Die Führer trafen man am liebsten durch Todesstrafe mit Erhängen und tat dann außerordentlich edelmütig, wenn man sie zur Verschiffung in die entsehrlichen Strafkolonien Australiens „begnadigte“. Urteile von lebenslänglicher und 20jähriger Verschiffung waren auch sonst keine Seltenheiten. Bei hochgehender Bewegung 1842 und 1848 wieder-

SPD. Öffentliche Volksversammlungen

mit folgender Tagesordnung:
Reichspolitik / Genua / Streiks
Dienstag, den 28. Februar:
Wilmsdorf: 7^{1/2} Uhr, Aula der Oberrealschule, Hindenburg-Edel Augustastr. Referent: Innenminister Seering.
Mittwoch, den 1. März:
Baumschulenweg: 7^{1/2} Uhr, im Lyzeum, Baumschulenstr. 79. 80. Referent: Dr. Walter Fröschlin.
Buch: 7^{1/2} Uhr, Lokal Geyser, gr. Saal. Referent: Erwin Barth.
Köpenick: 7^{1/2} Uhr, im Stadtheater. Referent: Heinrich Bierdicker. Thema: „Wirtschaftspolitik und Sozialdemokratie“.

holten sich dieselben Scheußlichkeiten. Im letztgenannten Jahr steckte man allein in die Londoner Gefängnisse mehr als 300 Chartisten. Die juristischen Titel, unter denen diese Klassenjustiz vor sich ging, waren genau dieselben wie bei uns: angeblicher Widerstand gegen Beamte, Aufreizung, Drohung Hochverrat. Und genau wie bei uns wurde die Strafgesetzgebung verschärft, wenn sie den Herrschenden nicht mehr auszureichen schien. Die Lockspindel Schröder und Haupt, mit denen später der preussische Minister Buttamer hereinspielte, gab es genau so schon im England der vierziger Jahre. Im Januar 1840 hatte z. B. die Polizei Spione mit Gewehren in eine Londoner Versammlung geschickt, damit eine bewaffnete Versammlung festgestellt werden konnte; nachher ließ man die Lumpen entwischen. Ein anderer Spion namens Powell sagte 1848 in einem Chartistenprozeß aus, daß er den Chartisten beigegeben sei, um Nachrichten zu sammeln und sie der Polizei zu überliefern. Er gab den Chartisten auch Rufen und Rufwort. In dem Chartistenprozeß gegen Lovett von 1840 waren zwei Bürger beschworen, die vorher erklärt hatten, daß sie alle Chartisten hängen sehen möchten, ihre Beanstandung durch die Angeklagten fruchtete nichts. Wie die Geschworenen, so die Richter! Nach den Unruhen von 1842 war ein Lord Abinger Vorsitzender eines Schwurgerichts, der von vornherein sein Bedauern darüber ausdrückte, daß das Gesetz nicht schärfer sei und der den Beurteilten „eine Verachtung und seinen Abscheu kundgab“. 1839 beurteilte ein Londoner Richter einen jungen Chartisten u. a. mit folgender Begründung: „Es ist wahr, Sie waren nicht in Person an diesem Aufruhr beteiligt, aber Ihr Geist war dort.“

Auch die erste große englische Arbeiterbewegung ist also nach Schlüters klärender Darstellung durch Jahrzehnte grausamster Klassenherrschaft gegangen. Wenn die englische Arbeiterbewegung heute andere Kampfmethoden befolgt als die festländische, so kann dies folglich nicht daran liegen, daß sie nicht ebenfalls die Geißel rücksichtslosesten Klassenkampfes der kapitalistischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse auf ihrem Rücken gespürt hätte. Die sozialistische Geschichtsschreibung muß nach anderen Ursachen für das heutige Verhalten der englischen Arbeiter suchen. Doch diese Aufgabe geht über eine Besprechung des Schlüterschen Buches hinaus.

Schlüters Buch verdient stärkste Anerkennung und wärmste Empfehlung, daß er durch seine volkstümliche und temperamentovolle Darstellungsweise sowie durch sein politisches Einfühlen, durch das er gemissermaßen Kamerad der Chartisten von 1820 bis 1850 wird, den deutschen Arbeitermassen die unendlich wichtigen politischen Lehren jener Bewegung nahe bringt. Auf diesem Wege, so darf man vielleicht hoffen, wird dann die große Lehre der englischen Chartistenbewegung endlich für die Masse der deutschen Arbeiter politisch fruchtbar werden. M a g a n a - Frankfurt a. M.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft stiller. Fische reichlicher, Geschäft reger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.
Am Montag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise:
Rindfleisch 20-22 M., ohne Knochen 21-23 M. Kalbfleisch 22-25 M. Hammelfleisch 21-24 M. Schweinefleisch 23-28 M. Geräucherter Speck 21 M. Wildschwein 29 M. Hasen das Stück 105-110 M. Wild Kaninchen 22-25 M. das Stück Puten 29-30 M. Brathühner 28 bis 30 M. und Suppenhühner 28-32 M. Lebende Anla 45-50 M. Blei 14 M. Barsche 17-18 M. Karpfen 25-28 M. Zander 25 M. in Eis: Schellfisch 8-10 M. Aale 22-25 M. Barsche 10-14 M. Blei 9-10 M. Karpfen 13-16 M. Zander 20-22 M. Karpfau 8 M. Dorsch 6 M. Flundern 10 M. Rotzungen 14-16 M. Naturbutter 45-51 M. Margarina 24-32 M. Schweineschmalz 30-32 M. Eier das Stück 4.90 M. Ausländ. Blumenkohl 12-15 M. der Kopf. Kohlrabi 6-7 M. Rosenkohl 12 M. Grünkohl 2.25 M. Kohlraben 1.25 M. Mohrrüben 2.50 M. Rote Rüben 1.75 M. Zwiebeln 5 M. Essäpfel 8-12 M. Äpfeln 10 bis 12 M. Kochäpfel 5-8 M. Kochbirnen 5-5.50 M. Apfelsinen 2-3 M. das Stück. Zitronen 1.50 M.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

1. Kreis Mitte. Dienstag, den 28. Februar, 7 Uhr, Kreisvorsitzungsbesprechung mit den Abteilungsleitungen im Rest. Würgerheim, Wl. Schönbauer Str. 23/24.
13. Kreis. Arbeitervereinsrat der SPD. und U.S.D. - Ehrenmitglieder! Dienstag, den 28. Februar, 7^{1/2} Uhr, in Riechschneeweis, Schönle, Reckner, Edel, Hülshorst, Str. 10, Versammlung. Der Arbeitsausschuss legt schon um 6^{1/2} Uhr. Wichtige Tagesordnung.
5. Kreis Friedrichshagen. Donnerstag, den 2. März, 7 Uhr, in der Schule Weidenburger Str. 4, Zimmer 19, Versammlung der Ehrenmitglieder aller drei sozialistischen Parteien. Jede Schule muß vertreten sein.

Heute, Dienstag, den 28. Februar:

55. Vbl. Tempelhof. Erster Vortrag des künftigen Rufes Dr. Schütte. Die Mitglieder der Bildungsvereine (Vbl.) werden gebeten, zu erscheinen. Jungsozialisten. Gruppe Köpenick: 7^{1/2} Uhr im Stadtheater Gründungsversammlung. Vortrag über „Was wollen die Jungsozialisten?“ Referent: Fritz Schöler. Alle jungen Parteigenossen und -genossinnen sowie die älteren Mitglieder der „Arbeiterjugend“ sind eingeladen. - Gruppe Tietzenberg: Die Veranstaltung 1921 heute aus. Dafür Teilnahme an der Gesamtversammlung der Vereinigung am Mittwoch, den 1. März. Treffpunkt 7 Uhr Hochbahnhof Berlin-Süd. - Gruppe Pantan: 7 Uhr im Jugendheim Kreis Str. 22, Vortrag des Genossen Arnolds Siebert über „Gemeinschaftsschule“.

Frauenveranstaltungen:

51. Vbl. Charlottenburg. 7^{1/2} Uhr bei Holtmann, Sophie-Charlotte-Str. 79. Referentin: Martha Ström. Thema: „Bei den englischen Friedensfreunden“. Alle Mitglieder müssen erscheinen. 6^{1/2} Uhr willkommen.

Morgen, Mittwoch, den 1. März:

33. Vbl. 7 Uhr Nordendstraße bei Müller, Capotzstr. 1. Gemütliche Besprechung der Abteilung müssen auch erscheinen, zwecks Übernehmung. Wichtige Tagesordnung.
34. Vbl. Charlottenburg. 5. Gruppe: 7^{1/2} Uhr bei Wilmanns, Helmholdtstr. 39, Köpenick. Vortrag des Genossen Kohl: „Revolutionäre Umwälzungen“ (2. Teil).
71. Vbl. Wilmsdorf. Gemütliche Funktionen werden dringend ersucht, um 8 Uhr bei Jonas, Durländer Str. 8, zu erscheinen.
82. Vbl. Köpenick. 8 Uhr bei Clement, Hagenstr. 7, Sitzung des Vorstandes, Beiratsmitglieder und Ratgeber und der Vorsitzenden der Ausschüsse. Wichtige Tagesordnung.
147. Vbl. Reinickendorf. 7^{1/2} Uhr Funktionärsbesprechung bei Wiltbrodt, Kronprinzeng. Str. 10, Reinickendorf.
Jungsozialisten. Gruppe Köpenick: 6 Uhr Treffen zur Jugendbesprechung im Hochbahnhof Köpenick.
Abteilung, Vbl. und Telegrammklub: 7^{1/2} Uhr im Friedenstempel der Sophien-Schule, Bernauerstr. 15, Rosenbergs Familien-SPD-Funktionäre. Tagesordnung: „Die Lehren des Klassenkampfes“. Referent: Genosse Uhr; Korreferent: Genosse Schulz. - Jede Aussprache.

Frauenveranstaltungen:

54. Vbl. Charlottenburg. 7^{1/2} Uhr bei Schützer, Polzborstr. 14, Zehlendorf. Die Schwestern sind willkommen.
118. Vbl. Köpenick. 7^{1/2} Uhr bei Wegmann, Köpenicker Str. 11. Thema: „Witwen und Säuglinge“. Referent: Genosse Montag.
140. Vbl. Köpenick. 7^{1/2} Uhr bei Schulz, Hauptstr. 58. Thema: „Jugendbeschäftigung“. Referent: Genosse Grünberg.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, G.M. 23, Hindenburgstr. 2, Hof, 2. Tr., Telefon Köpenick 123 49-123 14.
Heute, Dienstag, den 28. Februar:

Köpenick: Jugendheim Köpenick, 5 bei Wiltbrodt, Mitgliederbesprechung. - Reinickendorf: Jugendheim Reinickendorf, 10. Vortrag: „Der Wert des Wanderns“. - Köpenick: Jugendheim Köpenick, 5 bei Wiltbrodt, 10. Vortrag: „Die deutschen Gewerkschaften“. - Köpenick: Jugendheim Köpenick, 2. Hof, 2. Tr., Vortrag: „Soziale Probleme“. - Köpenick: Jugendheim Köpenick, 2. Hof, 2. Tr., Vortrag: „Die freien Gewerkschaften und ihre Bedeutung“. - Kreis 12: Heute abend um 8 Uhr wird ein Gesamtabend im Hermanns Schützen, Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 20/21, veranstaltet. Eintrittsfreier. Jedem sind zum Preise von 2.50 M. an der Rolle zu haben.

Weiter bis Mittwoch mittag. Vbl. teilweise ausfallen, jedoch überaus reichlich mit vorbereitet. Besonders im Norden vielfach starken Regenläufen bei frühen Abwechslungen.

MANOLI
«Klasse»
UND
«Suggestion»
Deutschlands
führende Marken

BERNARD

